

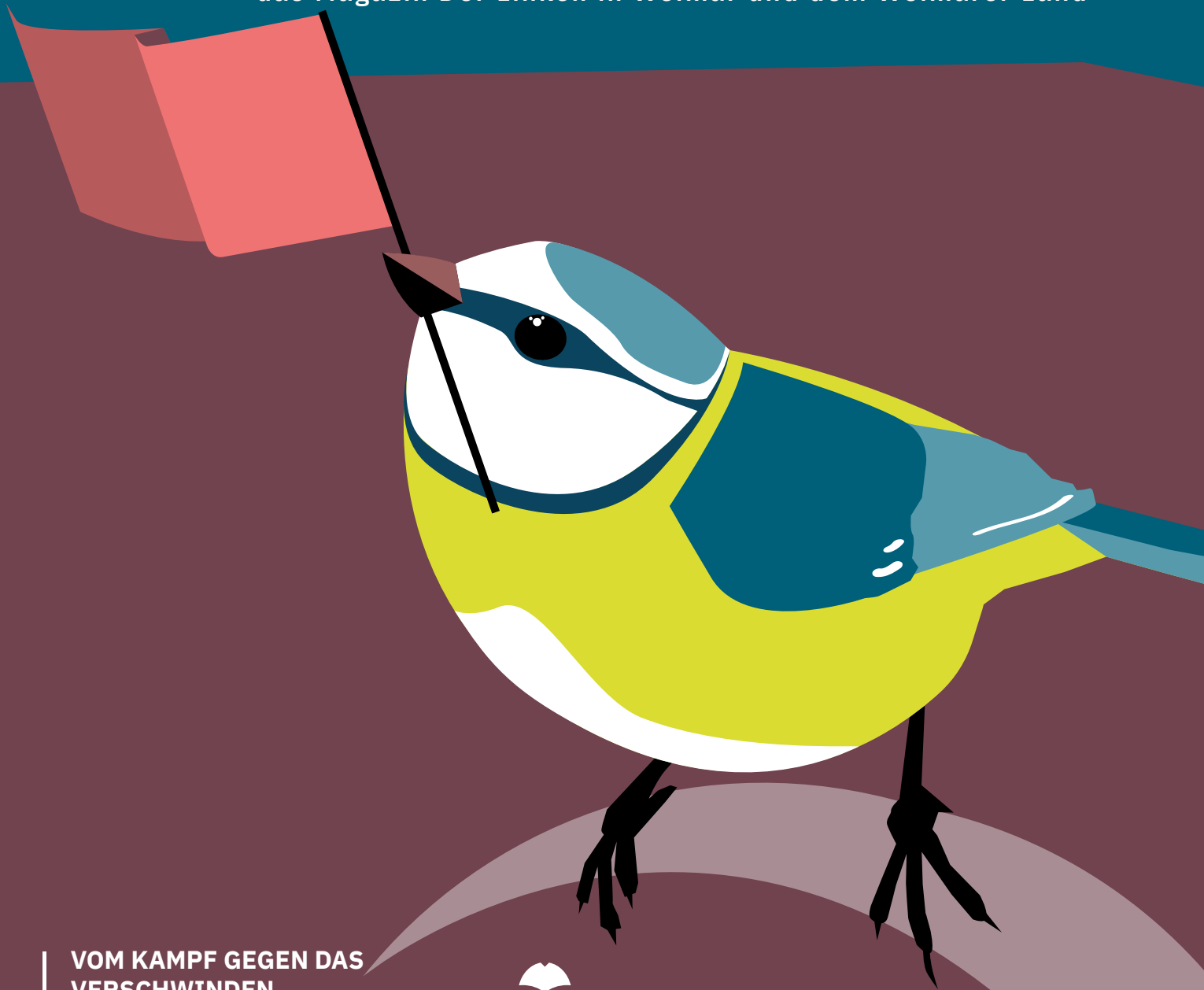
Die Linke

Kreisverband
Apolda-Weimar

#02/2024

DAS ROTE ginkgoblatt

das Magazin Der Linken in Weimar und dem Weimarer Land



**VOM KAMPF GEGEN DAS
VERSCHWINDEN**
von Lilli Hallmann

»MIT LINKS DIE WELT RETTEN«
– Ein Gespräch mit Klaus Lederer

**BERICHTE AUS KREISTAG
UND STADTRAT**
von Gudrun Kittel sowie Eliza Gäde

OPTIMISMUS UND MUT

NACH DEM BUNDESPARTEITAG IN HALLE
von Sabine Berninger

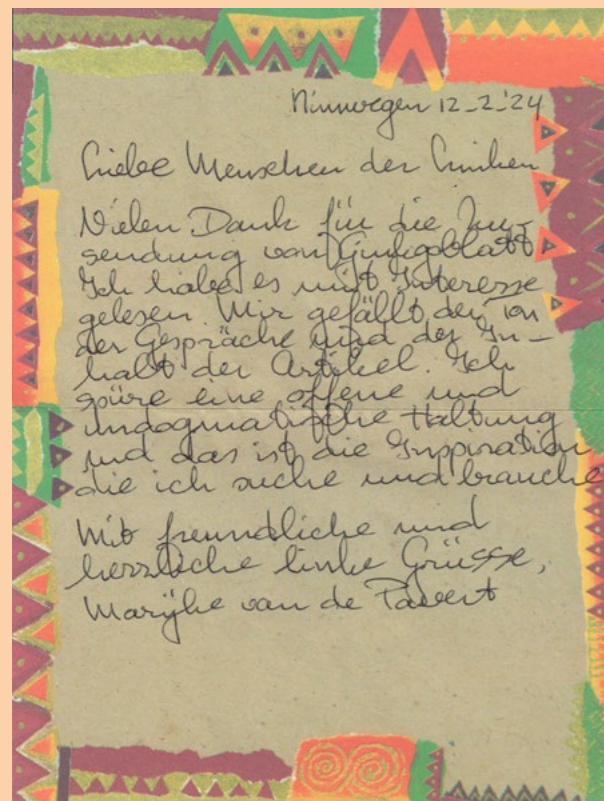
Leser:innenbrief

Nimwegen 12.02.2024

Liebe Menschen der Linken

Vielen Dank für die Zusendung von Ginkgoblatt. Ich habe es mit Interesse gelesen. Mir gefällt der Ton der Gespräche und der Inhalt der Artikel. Ich spüre eine offene und undogmatische Haltung und das ist die Inspiration die ich suche und brauche.

Mit freundlichen und herzlichen Grüßen,
Marijke van de Pavert



IMPRESSUM:
Die Linke
Kreisverband Apolda-Weimar
Sprecher-Rat: Dirk Möller,
Udo Nauber und Michael Schade
Marktstraße 17, 99423 Weimar

Die Linke

Kreisverband
Apolda-Weimar

Foto: Ulrike Grosse-Rötting

INHALT

- 02 Optimismus und Mut nach dem Bundesparteitag in Halle**
von Sabine Berninger
- 04 »Mit Links die Welt retten«**
ein Gespräch mit Klaus Lederer
- 08 Don't stop believin'**
von Benjamin-Immanuel Hoff
- 10 Deeskalation und Abrüstung in Nahost**
Beschluss des Bundesparteitags
- 12 Vom Kampf gegen das Verschwinden**
von Lilli Hallmann
- 17 Jetzt wäre die Stunde des Parlaments**
von Ralph Lenkert
- 18 Die Linke klingelt an der Haustür**
von Sönke von der Ahe
- 19 Eine solidarische Handlung**
von Alexander Dräschler
- 20 Keine Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung (MDV)**
von Ralph Lenkert
- 21 »Das Schlimmste ist die Arroganz«**
von Heidrun und Stanislav Sedlacik
- 22 Gedanken in der Vorweihnachtszeit – Hilfe für die Älteren**
von Günter Zimmermann
- 24 Informationstafel zur NS-Geschichte der heutigen Bauhausstraße 11**
von Lilli Hallmann
- 25 Die Linke im Kreistag Weimarer Land**
von Gudrun Kittel
- 26 Fraktion Die Linke im Weimarer Stadtrat**
von Eliza Gäde
- 27 Mobil im Alter – Wir streiten für ihr Recht!**
von Hubert Krüger
- 28 Nachruf auf Walter Plicht**
Basisgruppe Die Linke Weimar Nord

Optimismus und Mut nach dem Bundesparteitag in Halle

von Sabine Berninger

Für mich als Mitglied der Antragskommission beginnt ein Bundesparteitag immer schon einige Wochen vor dem eigentlichen Parteitagswochenende: Unsere Aufgabe ist es, den Vorstand zu beraten, etwa zu den vorgesehenen Zeiten für die Behandlung von Anträgen. Nebenbei lernen sich neue und »alte« Kommissionsmitglieder kennen, Sprecher:innen werden gewählt und Termine vereinbart.

Dieser Hallesche Parteitag begann jedoch für mich persönlich auf einer zweiten Ebene irgendwo dazwischen: angesichts der Situation unserer Partei und meiner Erfahrungen mit früheren Parteivorständen machte ich mir Gedanken, ob ich im Parteivorstand »richtig« wäre. Ich habe mit vielen Genoss:innen darüber gesprochen, nicht zuletzt mit den Thüringer Parteivorsitzenden, und mich für eine Kandidatur für den Bundesvorstand entschieden. Dabei waren (und sind) die Ausstrahlung der Partei auf die Menschen, die wir ansprechen wollen, und die Art und Weise, wie wir sie ansprechen und einladen, wichtig für mich. Und dass wir uns nicht von unseren Grundprinzipien – den Menschenrechten und dem Kampf um Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft und ihren Ressourcen – entfernen. Dass wir die Partei der sozialen Gerechtigkeit sind und bleiben und verlässliche Partnerin gegen Rassismus und Diskriminierung. Und last but not least, dass Mitglieder des Parteivorstandes sich nicht zurücklehnen und abwarten dürfen, was die Vorsitzenden oder die Mitglieder des geschäftsführenden Parteivorstandes ihnen vorlegen. Sondern dass sie Verantwortung übernehmen, als Schnittstelle zwischen den Landesverbänden (und »der Basis«) und der Bundesgeschäftsstelle fungieren und versuchen, unsere Partei für die Zukunft aufzustellen.

Inhaltlich hatte der Bundesparteitag die nicht nur personelle und strukturelle Vorbereitung auf die Bundestagswahl im Februar zu bewältigen. Mit dem Leit Antrag hatte der Bundesvorstand die dafür notwendige Beschlussvorlage formuliert, die natürlich noch durch viele¹ Änderungsanträge versucht

wurde, zu verändern, um Positionen zu schärfen und Aufgaben klarer zu formulieren. Viele der Änderungsanträge wurden durch den Parteivorstand ganz oder zum Teil übernommen, noch einige wurden vom Plenum diskutiert und abgestimmt. Am Schluss hat die Partei mit dem Beschluss ein Paket geschnürt, das nicht nur inhaltliche Positionen für die bundespolitischen Auseinandersetzungen und die Bundestagswahl festschreibt, sondern unserer Partei auch strukturelle und strategische Aufgaben ins Hausaufgabenheft geschrieben hat, die Die Linke nun angehen und umsetzen muss. Wir geben mit diesem Beschluss ein Versprechen – denen, die uns wählen, jenen, die wir als Wähler:innen (zurück-) gewinnen wollen und jenen, die von den anderen demokratischen Parteien missachtet, ignoriert oder vernachlässigt werden: wir werden den Kampf um die sozialen Grundlagen der Gesellschaft führen, für ein Leben in Würde und Sicherheit für alle, Frieden, bezahlbares Wohnen, eine solidarische Gesundheitsversorgung, für Arbeit, die zum Leben passt.

Schon in der Debatte zum Konflikt in Nahost, zur Reaktion Israels auf das Massaker der terroristischen Hamas am 7. Oktober, zu den unzähligen Getöteten in Israel und Gaza und den dazu eingereichten sehr unterschiedlichen Anträgen zeigte sich ein anderer Umgang miteinander als noch beim Augsburger Parteitag im vorigen Jahr: der Parteivorstand hatte mit einem Alternativantrag zu diesen Anträgen den Weg für eine Verständigung der Antragstellenden eröffnet und zu mehreren Kompromiss-Debatten eingeladen, an denen sich Vertreter:innen aller Anträge beteiligten. Entstanden ist eine Beschlusslage, die die Mehrheit der Delegierten mittragen konnte: wir treten ein für einen sofortigen Waffenstillstand in Israel und Palästina, die Freilassung aller Geiseln, die Anerkennung der berechtigten Interessen von Israelis und Palästinenser:innen, die Garantie des Völkerrechts und der Menschenrechte ohne doppelte Standards, das Recht auf Selbstbestimmung in einem eigenen Staat für Israel und Palästina und gegen jeden Rassismus und Antisemitismus.

¹ Etwa 170 – sinngemäß kann man sagen: kein Leit Antrag verlässt den Bundesparteitag so, wie er eingebracht wurde.



Die Linke auf ihrem Bundesparteitag 2024. Foto: Martin Heinlein, Die Linke.

Nicht viele der Redebeiträge auf dem Bundesparteitag habe ich verfolgen können – die Antragskommission hatte viel zu tun hinter den Kulissen. Aber was mich nach diesem Parteitag zuversichtlich macht, sind die vielen neuen Mitglieder, die solidarische und konstruktive Art, wie der geschäftsführende Parteivorstand und die anderen Parteivorstandsmitglieder miteinander umgehen. Dasselbe erlebe ich nun auch im Thüringer Landesvorstand und auch in unserem Kreisverband und unter den verbliebenen aktiven Mitgliedern des gerade zurückgetretenen Kreisvorstands. Für die Bundestags-Neuwahl bin ich deshalb optimistisch. Und für die weitere Neuaufstellung unserer Die Linke, sowohl strukturell als auch inhaltlich bin ich das auch. Nur zusammen können wir diese Aufgaben – und auch den Wahlkampf zur Bundestags-Neuwahl – schaffen. Mein Leitspruch dafür ist, was mir Liedermacher Rodi Akustik in Arnstadt bei einem Protest gegen die rechtsextreme, faschistische AfD aus dem Herzen sang: »Bitte verlier nicht die Hoffnung, denn dann verliere ich sie auch. Bitte verliere nicht den Mut, weil ich mehr als meinen brauch.«



»Mission Silberlocke.« – Bodo macht sich bereit für den Wahlkampf. Foto: Martin Heinlein, Die Linke.



Dieser Text baut auf eine Tonaufnahme einer Veranstaltung mit Klaus Lederer auf, auf der er am 25.09.2024 sein Buch »Mit Links die Welt retten« im Mascha in Weimar vorgestellt hat. Die Veranstaltung wurde von Ulrike Grosse-Röthig moderiert. Einige Monate später ist Klaus Lederer zusammen mit Weggefähr:innen aus der Partei Die Linke ausgetreten. Um diesen Austritt etwas zu kontextualisieren und einzuordnen, findet sich in dieser Ausgabe ein Kommentar von Benjamin-Immanuel Hoff mit dem Titel »Don't Stop Believin'« wieder. Unabhängig politischer Weltenbewegungen fanden wir das Gespräch mit Klaus Lederer wertvoll, so das wir es hier in einer gekürzten und leicht überarbeiteten Version abdrucken und damit zur Diskussion stellen. Fotos: Martin Krempel

»Mit Links die Welt retten« — ein Gespräch mit Klaus Lederer

Klaus, du stellst bei unserer Partei fest, dass wir uns zu wenig um das grundsätzliche Nachdenken und um die grundsätzlichen Fragen bemühen, vor allem auch in den regierenden Landesverbänden, denn, wie du das so schön geschrieben hast, »nach 20 Jahren engster Taktung im Zeitkorsett eines Terminkalenders« bleibe dafür wenig Raum. Ist dein Buch so ein bisschen eine verspätete Antwort auf diese verpassten Momente des grundsätzlichen Nachdenkens?

Erstmal vorweg, für mich ist der Landesverband Thüringen, für mich ist das, was in den vergangenen zehn Jahren hier geleistet wurde, ein sehr, sehr positiver Referenzpunkt. Für Linke, das steckt ja in der Natur der Sache, soll die Gesellschaft grundsätzlich

anders werden, als sie ist; was angesichts der Verhältnisse total nachvollziehbar ist. Aber deswegen gibt es manchmal auch eine gewisse Geringschätzung oder eine gewisse Ignoranz den kleinen Dingen des Lebens gegenüber, die man bewerkstelligen muss und von denen ich glaube, dass sie zum Teil die Samen sind, die man in die Erde steckt und aus denen heraus vielleicht in späteren Jahren wichtige Dinge wachsen. Hierbei können wir einiges von den Thüringer Linken lernen.

Warum nun dieses Buch? Wir hatten ja in Berlin kürzlich eine Wahl, nach der die SPD es wichtig fand, der CDU den roten Teppich in das gleichfarbene Rathaus auszurollen. Und seitdem heißt der regierende Bürgermeister Kai Wegner. Und seitdem

erleben wir die Rückabwicklung von ganz, ganz vielen Dingen, die wir in sechseinhalb Jahren versucht haben, auf die Schiene zu setzen. Das hieß, ich hatte von heute auf morgen relativ viel Zeit. Und das Wichtigste und auch das Einzige, was ich mit Franziska Giffey noch zu diskutieren hatte, war, wie ich ein bisschen Resturlaub nehmen konnte, den ich noch aus der Corona-Zeit mit mir rumschleppte. Als ich dann den ersten Urlaubstag antrat, rief mich ein befreundeter Verleger an und sagte, Klaus, du hast doch jetzt Zeit, willst du nicht ein Manifest für eine neue Linke schreiben? Und da habe ich gesagt, also mit den Manifesten nimmt das mir in letzter Zeit ein bisschen Überhand, aber die Idee, sich mal selbst auch zu vergewissern, wo stehe ich eigentlich, fand ich sehr gut.

Ich bin im Jahr 1992 in die PDS eingetreten, habe lange Kommunalpolitik gemacht, war eine Zeit lang Landesvorsitzender und war im Parlament. Vieles davon war eine sehr kleinteilige, sehr fachorientierte Arbeit. Ich muss aber sagen, dass die ursprüngliche Motivation, in die PDS einzutreten, für mich natürlich eine weltverändernde war und nicht nur eine Berlin oder den Bezirk Prenzlauer Berg verändernde. Ich denke, Sozialistinnen und Sozialisten haben immer größere Ziele, als tatsächlich sich nur um den sprichwörtlichen klappernden Gummideckel zu kümmern, aber ganz ohne kommunale Verankerungen, ganz ohne Engagement vor Ort geht es eben auch nicht. Und ich habe tatsächlich auch festgestellt, dass ich in der Zeit, wo ich in Berlin in der Landesregierung war, da war ich vergleichsweise frei von den innerparteilichen Diskursen. Ich habe mit unterschiedlichsten Menschen Kontakt gehabt, habe mich um Erinnerungs-, um Kultur-, um Infrastrukturpolitik gekümmert. Meine Motivation war hierbei eigentlich immer, nach der historischen Niederlage von 1989–90, dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus, muss eine gesellschaftliche Linke, wenn sie in der Zukunft noch eine Chance haben will, bis ans Eingemachte gehen und sich die Frage stellen, wie konnte es dazu kommen, dass eine einst so humanistische, so menschenfreundliche Idee umkippen konnte in eine Situation von tatsächlicher, ganz realer Unfreiheit. Das war für mich der Ausgangspunkt des Ganzen und das hat mich die vergangenen Jahre, inzwischen Jahrzehnte, seit 1989, 1990 immer bewegt.

Das Jahr 1989, Mauerfall, die Wende. In dem Buch ist das der Ausgangspunkt deiner Überlegungen und wird weder groß positiv noch negativ konnotiert. Es ist eher eine Art Möglichkeitsmoment, etwas, was damals unerwartet aufgeklappt ist und als historische Situation zu wenig genutzt wurde. Kannst du uns etwas über dein 1989 und die Geschichte dazu erzählen?

Ich war damals 15 Jahre alt. Ich bin also in der DDR aufgewachsen. Meine Eltern waren SED-Mitglieder und durchaus loyale DDR-Bürger – allerdings ebenso kritische Geister, also durchaus Menschen,

die versucht haben, die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen sie sich bewegen, zu reflektieren. Nichtsdestoweniger waren wir weit weg davon, das zu sein, was heute unter DDR-Oppositionellen verstanden wird. Ich bin in Frankfurt-Oder aufgewachsen. Im Jahr 1988 ging es im Schlepptau eines Berufswechsels mit meinen Eltern nach Berlin, Hauptstadt der DDR. Ich habe mich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, mein geliebtes kleines Kaff zu verlassen, aber ich hatte keine Chance. Meine Eltern haben sich durchgesetzt und sind dann nach Berlin gezogen. Im Nachhinein sage ich, ein Glück. Das eigentliche Jahr 1989 habe ich tatsächlich sehr unmittelbar in Berlin erlebt. Und das ist ja auch die Zeit mit 14, 15, wo du anfängst, nicht nur nachzuplappern, was dir andere erzählen, sondern wo du anfängst, dir deine ersten eigenen Gedanken zu machen: man diskutierte über Glasnost und Perestroika, man diskutierte über alternative Sozialismusvorstellungen, über den Dogmatismus des Marxismus-Leninismus, den man in Frage zu stellen begann – auch Mitglieder der SED, auch meine Eltern. Das war nicht so schwarz-weiß und nicht so holzschnittartig, wie es im Nachgang historisch erzählt wurde.

In dieser Zeit habe ich angefangen mich mit der Frage zu beschäftigen: Wo sind wir eigentlich falsch abgewogen? Wo fing es an schiefzulaufen? Das bewegte mich enorm. Und nicht nur mich, auch andere junge Leute. Es gab diesen Spruch: Das Chaos ist aufgebraucht, das war die schönste Zeit. Für mich war diese Zeit im Herbst 1989 und 1990, wo es ganz viele Möglichkeiten gab, einfache Dinge zu tun. Und du musstest keinen fragen, man hat es einfach gemacht. Eine der wirklich für mich persönlich am freiesten, am geistig freiesten und am historisch offensten empfundenen Situationen. Das war jedoch relativ schnell wieder vorbei.

Bei Francis Fukuyama, einem US-amerikanischen Soziologen, hieß es im Nachgang, wir seien am Ende der Geschichte angekommen. Jetzt werde es eigentlich nur noch überall mehr bürgerliche Demokratie und mehr Kapitalismus geben. Das sei jetzt die Zukunft. Da ich schon damals ein bisschen in den Klassikern geschult war, glaubte ich das nicht. Ich war mir relativ im Klaren darüber, dass der Kapitalismus nicht gesiegt hat, sondern übrig geblieben ist. Und es nur eine Frage der Zeit sein wird, bis die Krisen, die 1989-90 zum Untergang des real existierenden Sozialismus geführt haben, auch die kapitalistische Ökonomie erreichen, weil sie von denselben ökonomischen Voraussetzungen ausgeht, nämlich Wachstum zu generieren, Wachstum zulasten der Natur zu generieren, der Bodenschätze, der menschlichen Lebensumgebung und zulasten natürlich auch der menschlichen Arbeit, also unterm Strich der Substanz des Menschseins. Das kann auf Dauer nicht gut gehen, das war meine Überzeugung. Und deswegen bin ich dann Linker geworden oder geblieben oder habe mich als Linker neu erfunden, wie auch immer man es nennen will.

Du hast es eben schon angerissen, deine Affinität zu den marxistischen Ideen. Der wichtigste intellektuelle Stichwortgeber in deinem Buch ist Karl Marx – und gleichzeitig zitierst du ihn nicht oder zumindest sehr wenig. Es macht den Eindruck als hätte dich das Denken von Marx an sich beeindruckt und geprägt und nicht eine scholastische Auslegung seiner Schriften. Wie würdest du dein Verhältnis zu Marx beschreiben?

Ich halte tatsächlich das Werk von Karl Marx für fundamental und das, was man von ihm lernen kann, nach wie vor für hochaktuell; wenn man verstehen will, was in unserer Welt heute passiert, wird man an Marx nicht vorbeikommen. Das ist meine feste Überzeugung. Ein Marxist bin ich jedoch nicht.

Ich hatte das große Glück 1989 dialektisches Denken zu entdecken, also in einer Erscheinung nicht nur die Erscheinung als solche zu sehen, sondern zu versuchen zu ergründen, woher stammt diese Erscheinung und welche möglicherweise völlig entgegengesetzten Tendenzen stecken in ein und demselben gesellschaftlichen Bewegungsprozess.

Eine ironische Volte ist, dass ich 1989, als dann die ganzen Bibliotheken und die ganzen öffentlichen Einrichtungen ihre Bücher auf die Straße geworfen haben, zum stolzen Eigentümer der 43 bändigen Marx-Engels-Werke geworden bin. Und zwar für null DDR- oder Westmark. Ich habe die einfach bekommen, weil die wurden auf die Straße geworfen. Im ersten Band ist vorne ein Stempel, Volkspolizeikreis Frankfurt-Oder. Ich habe sie bis heute im Regal stehen und ich arbeite tatsächlich auch mit ihnen.

Ich glaube jedoch nicht, dass es so etwas wie eine einheitliche marxistische Lehre gibt. Das sind dogmatische Erfindungen der nachmarxischen Jahre. Das sind spezifische Interpretationen, spezifische Dogmatisierung, spezifische Theologisierung von Sätzen bei Marx. Und deswegen, hast du völlig richtig beobachtet, benutze ich Marx nicht als Steinbruch, weil mir ein Zitat passend erscheint, um meine Meinung nochmal mit besonderer Autorität zu untermauern, sondern ich finde die Art des Denkens, diese dialektische Herangehensweise, diesen Versuch, in den Dingen die Widersprüche zu sehen und damit auch die Möglichkeiten, aus Situationen heraus politisch handlungsfähig zu werden, Anschlüsse zu gewinnen, politische Ideen zu entwickeln, politische Positionen zu generieren, unfassbar wichtig.

In deinem Buch zitierst du den Satz: »Der Liberalismus ist die Wurzel des Sozialismus«. Da ist viel Wahres dran: Zum einen natürlich die historische Wahrheit, dass der Sozialismus als praktisch politische Bewegung auf dem Liberalismus basiert und ihn sozusagen verändert »aufheben« will – und zum anderen die Notwendigkeit von dem, was wir heute als Kernelement von einem demokratischen Sozialismus begreifen, nämlich dass er liberalen Ideen

und rechtsstaatlichen Prinzipien nicht einfach über den Haufen wirft. Wie würdest du heute das Verhältnis von Liberalismus und Sozialismus beschreiben? Würdest du dich vielleicht sogar als Linkliberalen bezeichnen?

Also nein, als linkliberal würde ich mich nicht bezeichnen. Ich finde aber, wenn ich in der Geschichte zurückblicke, dass der progressiv-radikale Teil des Bürgertums immer dabei war, wenn es gelungen ist, irgendwelche progressiven Veränderungen in der Gesellschaft durchzusetzen. Egal ob es um den Acht-Stunden-Tag ging oder um das allgemeine Wahlrecht, um Pressefreiheit oder Verfassungsfragen, dann war ein radikaler Teil des Bürgertums, ein radikal-progressiver Teil des Bürgertums, den man als linkliberal bezeichnen kann, immer mit dabei. Und ich glaube auch, dass es ohne sie nie gehen wird. Aber ich selber bin kein Linkliberaler.

Aber der Satz, den du gesagt hast, der stammt von Friedrich Engels – und ich glaube, dass das tatsächlich so ist, dass der Sozialismus als Idee seine Wurzeln im Liberalismus hat. Liberale Freiheiten sind die Atemluft, in der Sozialistinnen und Sozialisten ihre Ideen entfalten können und sie sind die Arena, in der Sozialistinnen und Sozialisten für ihre gesellschaftlichen Ideen um Mehrheiten ringen können. Wenn es das alles nicht mehr gäbe, könnten wir einpacken.

Und wenn man Marx' Verhältnis zu den Freiheiten des Liberalismus versuchen will zu charakterisieren, dann kommt man ihm, glaube ich, am nächsten dadurch, dass er sagt, die bürgerlichen Freiheiten sind nur die halbe Freiheit, denn solange gesellschaftliche Verhältnisse existieren, in denen einzelne Sphären der Gesellschaft von demokratischer Mitbestimmung, von der gemeinsamen Kontrolle durch die Bürgerschaft entzogen sind, dann heißt es, ich bin zwar auf der politischen Ebene, im politischen nationalen System, vor den bürgerlichen Gerichten frei, aber nicht, was den Zugriff auf die gesellschaftlichen Reichtümer betrifft. Also Marx hat sozusagen aus der Auseinandersetzung mit dem Liberalismus einen Freiheitsbegriff entwickelt, der viel weiter geht als der liberale Freiheitsbegriff. Und das sollten sich Sozialistinnen und Sozialisten, finde ich, heute auch zum Maßstab nehmen.

Lieber Klaus, dir liegen in deiner politischen Arbeit queere und anticolonialistische Anliegen sehr am Herzen, andererseits scheust du aber auch nicht davor sie zu kritisieren, wenn sie sich in eine falsche Richtung entwickeln. Jetzt muss man sagen, in Berlin, also von uns aus gesehen der großen Stadt, tritt so etwas immer noch mal sehr viel mehr zutage, als hier in unserem kleinen, beschaulichen Thüringen. Kannst du uns mal mitnehmen, was für dich an den queeren oder auch anticolonialen Bewegungen der letzten Jahre progressiv ist und auch wo du da Irrwege siehst?

Naja, ich muss erst mal vorweg schicken, dass soziale Netzwerke die politische Kultur und den Meinungsaustausch nicht unbedingt verbessert haben. Es ist sehr, sehr leicht bei TikTok, Twitter, Facebook oder Instagram einen Daumen nach oben oder ein Like zu geben, sich in seiner eigenen moralischen Großartigkeit zu gefallen und jede Empörungswelle einfach mitzunehmen.

Was ich an feministischen, queeren und postkolonialen Debatten enorm wichtig finde: Bei Marx selbst, ich habe es ja vorhin schon gesagt, war eine der Wurzeln seines Denkens die politische Ökonomie, war die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf die ökonomischen Grundlagen, auf die ökonomischen Bewegungsgesetze der Gesellschaft zurückzuführen. Das hat tendenziell zu einer Form von Ökonomismus, einer Reduzierung der Konflikte auf das Feld des Ökonomischen geführt. Das ist eine Reduktion der damaligen Zeit, in der so etwas wie Frauenbewegung und Feminismus nicht wirklich vorkamen. So etwas wie organisierte queere Anliegen existierten kaum und die Haltung der gesellschaftlichen Linken hierzulande zum Kolonialismus war vorsichtig ausgedrückt ambivalent. Insbesondere nach 1968 hat sich das gehörig geändert. Insofern kann ich sagen: Ich bin queerpolitischer Sprecher, ich bin schwul. Für mich sind feministische Kämpfe, queere Kämpfe, auch anticoloniale Kämpfe total wichtig.

Aber was ich in den letzten Jahren beobachte, ist eine ganz merkwürdige Form der Regression. Und die hat dann auch nichts mehr mit queeren Kämpfen und mit Feminismus zu tun. Ich will mal ein Beispiel nennen. Ein Bezirksverband meines Landesverbandes, und da bin ich ja nun seit acht Jahren kein

»Liberale Freiheiten sind die Atemluft, in der Sozialistinnen und Sozialisten ihre Ideen entfalten können. Wenn es das alles nicht mehr gäbe, könnten wir einpacken.«

Landesvorsitzender mehr, und da freue ich mich gerade mal darüber, weil das heißt, ich muss mich da jetzt nicht unmittelbar direkt drum kümmern, macht am Freitag, also vorgestern, ein Konzert in Neukölln. Beats gegen Genozid. Also ich habe wirklich ein riesengroßes Problem damit, was die israelische Regierung im Gazastreifen macht, um das gleich vorweg zu sagen. Aber ich käme nie auf die Idee die Hamas, die den ganzen Gaza-Streifen in Geiselhaft nehmen und ein grausames eliminatorisches Massaker am 7. Oktober an 1400 Zivilisten im israelischen Kernland veranstaltet hat, zu feiern. Dass man sich mit dem gemein machen kann, als Linker, ist mir unbegreiflich. Es gibt tatsächlich progressive Menschen die glauben, die Hamas würde, wenn das palästinensische Volk befreit und der Staat Israel vernichtet ist, dort sozusagen das erste queer-feministische Kalifat errichten. Ich halte das für einen gefährlichen Unsinn. Hier müssen wir unbedingt Debatten führen.

Foto: Martin Krempel



Don't stop believin'

von Benjamin-Immanuel Hoff

Dieser Tage verlassen Menschen die Linkspartei, mit denen mich eine über Jahre, teilweise Jahrzehnte umfassende gemeinsame politische Praxis verbindet. Bei der Gewerkschaftssekretärin Elke Breitenbach trat ich 1995 in die Gewerkschaft HBV ein. Gemeinsam mit ihr, Klaus Lederer, Carsten Schatz, Udo Wolf und anderen war ich über viele Jahre im Forum demokratischer Sozialist:innen (fds), der reformsozialistischen Strömung der Linken, engagiert. Sie prägten mich. Mit ihnen war und bin ich in einer sehr pluralen Linken aktiv, wie sie es in ihrer Austrittserklärung formulieren. Wie sie bin ich überzeugt, dass eine demokratische, progressive linke Partei eine überzeugende gesellschaftliche Zukunftsidee braucht. Doch die Linke hat sich lange davor gedrückt, notwendige Klärungsprozesse anzugehen, aus Sorge, die ohnehin bestehenden Spannungsverhältnisse zu verschärfen.

In ihrer Austrittserklärung fordern Elke Breitenbach und andere diese inhaltlichen und strategischen Klärungen ein, erklären jedoch gleichzeitig, dass sie daran nicht mehr teilnehmen werden. Der Grund: In für ihr politisches Selbstverständnis zentralen Fragen haben sich unvereinbare Positionen verfestigt, und die nötigen sachlichen Klärungen bleiben aus. Diese Feststellung enthält jedoch einen unauflösbaren Widerspruch: In politisch zentralen Fragen können unvereinbare Positionen nicht sachlich-inhaltlich geklärt werden. Sie können nur festgestellt werden, um dann zu prüfen, ob jenseits dieser Unvereinbarkeiten noch ausreichende Gemeinsamkeiten für eine gemeinsame politische Praxis bestehen. In einer solchen Situation mag ein oft als Denkfaulheit kritizierter Formelkompromiss helfen, zumindest vermeintliche Gemeinsamkeiten zu schaffen. Diese Methode wird jedoch von den Austretenden als verbale Umschiffung der Differenzen kritisiert.

Der Widerspruch bleibt ungelöst. Das Problem liegt darin, dass in der derzeitigen Verfasstheit der Partei jede Entscheidung in kontroversen Fragen wie eine Zerreißprobe wirkt. So sicher wie das Singen der Internationale am Ende eines Bundesparteitages ist es, dass Genoss:innen bei jeder Entscheidung den Austritt aus der Partei erwägen. Dies ist das Ergebnis einer Konfliktkultur, die nach dem Muster »Auf zum letzten Gefecht« funktioniert.

Doch die Partei kann nicht aus Angst vor dem Tod Selbstmord begehen. Deshalb müssen wir unser Verständnis einer pluralen Linken überdenken.

Weder darf Pluralismus Synonym für Beliebigkeit sein, noch dürfen Lernerfahrungen ignoriert werden. Die Debatten in der politischen und gesellschaftlichen Linken folgen oft dem Muster: ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück – besonders in Zeiten des Wandels.

Derzeit wächst Die Linke und verliert zugleich. Auf dramatische Wahlniederlagen folgen beachtliche Mitgliederzuwächse. Diese Zuwächse verändern die Mitgliedschaft auf eine Weise, die oft unterschätzt wird, da dieser Wandel regional und lokal unterschiedlich ausfällt. Mehr als die Hälfte der Mitglieder des Jahres 2021 war erst seit 2011 beigetreten. Von diesen rund 30.000 Mitgliedern waren zwei Drittel im Alter zwischen 14 und 40 Jahren – ein Drittel der Gesamtmitgliedschaft. Dieser Wandel verändert bestehende Gewissheiten und auch politische Mehrheiten, wenn auch regional unterschiedlich.

Nachdem die zermürbenden Kämpfe mit den separatistischen Wagenknechten beendet schienen, erfüllte sich nicht die Hoffnung auf eine nun geeinte Partei. Vielmehr wurde deutlich, dass die Kontroversen mit Wagenknecht die tieferliegenden Spannungen nur verdeckt hatten, die seither umso deutlicher zutage traten und durch neuere Häutungsprozesse nicht vereinfacht werden. Lange Zeit hatten sich die verschiedenen linken »Schulen«, »Strömungen« und »Flügel« in ihren ideologischen Ecken verbarrikadiert, enttäuscht über die Fehleinschätzung ihres gemeinsamen Potenzials. Nun verabschieden sich Genoss:innen, die über Jahre der Wagenknecht-Kontroverse in der Linkspartei tätig waren. Enttäuscht, individuell oder in kleinen Gruppen, aus Gründen, die meist eine Summe aus gesammelten Enttäuschungen und Erschöpfung sind.

Überzeugend ist dies nicht, wenn es darum geht, eine konföderierte Linke zu konstituieren. Die über so viel Mindestgemeinsamkeit entwickelt, nicht an kontradiktorischen Widersprüchen zu ersticken. Und über eine innere Haltung verfügt, nicht um einen Sieg im Wettstreit der Wahrheiten zu kämpfen, sondern Vielfalt, Pluralität, auch Widersprüchlichkeit, als Teil eines offenen gesellschaftlichen Lernprozesses zu verstehen. Die Krise und Schwäche würde hier zur Ausgangschance. Ohne auf Grundsätze zu verzichten. Wie dies gehen kann zeigte aus meiner Sicht der Bundesparteitag von Halle/Saale am vergangenen Wochenende.

»Warte nicht auf bessere Zeiten«, textete Wolf Biermann 1974, zwei Jahre vor seiner Ausbürgerung aus der DDR. Diese Zeile markierte eine (kultur)politische Zäsur und führte zu einer Welle der Solidarität sowie einem weiteren Weggang sozialistischer Intellektueller, die nicht länger auf bessere Zeiten warten wollten.

In einem taz-Kommentar über die Linkspartei wurde im Sommer dieses Jahres der Biermann-Song aufgegriffen: »Wartet nicht auf bessere Zeiten, wartet nicht auf euren Mut.« Die Perspektive der Linkspartei könnte, sollte, müsste darin bestehen, immer noch oder wieder da zu sein, wenn sich der Wind wieder dreht. Nicht auf bessere Zeiten warten, sondern gleichzeitig das Wurzelwerk der Partei erweitern, vertiefen und wieder wachsen lassen.

Dieses Wurzelwerk ist für mich nach wie vor Die Linke. Eine Alternative wäre nur eine bedeutendere Organisation der gesellschaftlichen Linken – ein rot-grün-rotes Projekt in einer grundlegend neuformierten Parteienlandschaft. Das ist derzeit nicht in Sicht und wird wohl nur realistischer durch eine stärker werdende Linke. Dafür braucht es mehr Gemeinsamkeit, weniger Abschied.

» ... nicht um einen Sieg im Wettstreit der Wahrheiten zu kämpfen, sondern Vielfalt, Pluralität, auch Widersprüchlichkeit, als Teil eines offenen gesellschaftlichen Lernprozesses zu verstehen.«



Benjamin-Immanuel Hoff, Foto: www.benjaminhoff.de

Beschluss des Bundesparteitages am 18.10.2024

Auf vielen Parteitagen treffen wir wichtige Beschlüsse. Bei diesen wird häufig um jedes einzelne Wort bis zum letzten gerungen, um einen für alle annehmbaren Kompromiss zu finden – und danach verschwinden die gleichen Beschlüsse relativ schnell wieder in der Versenkung. Das finden wir schade und dokumentieren daher an dieser Stelle den guten Beschluss unserer Partei zu dem sehr, sehr schwierigen Thema Nahost-Konflikt.

Deeskalation und Abrüstung in Nahost

Es braucht einen sofortigen Waffenstillstand in Israel und Palästina. Die Logik der Gewalt und der Eskalation muss durchbrochen, die Suche nach politischen Lösungen wieder aufgenommen werden. Wir fordern alle Beteiligten auf, keine neuen Kampfhandlungen aufzunehmen und den Konflikt einzudämmen statt auszuweiten.

Seit dem Massaker der Hamas am 7. Oktober letzten Jahres in Israel eskaliert im Gazastreifen und im Grenzgebiet zwischen Israel und Libanon der jahrzehntelange Konflikt erneut zu einem brutalen Krieg. Israel hat den schlimmsten Terrorangriff seit seiner Gründung erlebt. Auch im Westjordanland und in Israel kommt es immer wieder zu militärischer Gewalt und Terror-Anschlägen. Die Bilanz ist verheerend: Mehr als 1.700 Israelis wurden getötet, im Gazastreifen über 42.000 Palästinenser:innen, im besetzten Westjordanland über 700 und im Libanon über 1.350 (seit September 2024). Viele Tausende wurden schwer verletzt. Alle Seiten sind für schwere Kriegsverbrechen verantwortlich. Die humanitären Bedingungen im Gazastreifen sind katastrophal, da viele Häuser und auch die zivile Infrastruktur durch die israelischen Bombardierungen weitgehend zerstört wurden.

In Gaza wie in Süd- und Nordisrael und im Südlibanon wurden Millionen Menschen in die Flucht getrieben und traumatisiert. Zugleich werden immer noch israelische Geiseln von der Hamas in Tunneln festgehalten. Zwischen Israel und den Palästinenser:innen ist es bis heute ein asymmetrischer Krieg ungleicher Beteiligten, was sich auch an den hohen ungleichen Opferzahlen zeigt.

Der Ankläger am Internationalen Strafgerichtshof hat einen Haftbefehl gegen Israels Regierungschef und Verteidigungsminister sowie gegen drei Hamas-Anführer beantragt. Alle drei Hamas-Führer wurden mittlerweile von israelischen Militärkommandos außergerichtlich hingerichtet, mit vielen unbeteiligten Opfern. Der Internationale Gerichtshof hat in seinen Eilentscheidungen zur Klage Südafrikas im Rahmen der Völkermordkonvention deutlich gemacht, dass er die Gefahr genozidaler Handlungen in Gaza sieht. So schrieb der IGH »dass zumindest einige der Handlungen und Unterlassungen, die Südafrika Israel in Gaza vorwirft, unter die Konvention fallen könnten«.

Wir begrüßen das Bemühen des IGH, mit ihren Eilentscheidungen einen Genozid zu verhindern.

Der Konflikt zwischen Israel und Palästina beginnt nicht mit dem 7. Oktober 2023. Die Jahrzehnte der Besatzung in der Westbank, der fortgesetzte Siedlungsbau, die Blockade des Gazastreifens, die Entrechtung und die damit einhergehende Perspektivlosigkeit bilden den Nährboden für radikale und islamistische Gruppen. Die ultrarechte Regierung von Benjamin Netanyahu hat diese Entwicklung befördert. Sie förderte den Bau von Siedlungen und hatte eine vollständige Annexion des Westjordanlandes in Aussicht gestellt, und protegierte die Hamas als Gegner der palästinensischen Autonomiebehörde. Wir betonen: Nichts rechtfertigt die abscheulichen Taten der Hamas. Die Basis für einen nachhaltigen Frieden kann nur ein Leben in Würde, Freiheit und Sicherheit aller Menschen in den palästinensischen Gebieten und Israel sein.

Für uns gilt auch: Niemals darf ein Menschenrechtsverbrechen als Rechtfertigung für ein anderes Menschenrechtsverbrechen herangezogen werden. Das Unrecht der Besatzung der palästinensischen Gebiete ist niemals eine Rechtfertigung für den menschenverachtenden Terror der Hamas – und genauso rechtfertigt der 7. Oktober nicht die Völkerrechtsverbrechen der israelischen Armee in Gaza oder im Libanon.

Auch in Europa hat die Eskalation im Nahen Osten zu einem starken Anstieg von Rassismus und Antisemitismus geführt. Es gibt zahlreiche Angriffe auf jüdische wie muslimische Menschen. Anlässlich Palästina-solidarischer Demonstrationen ist es vielfach zu Polizeigewalt und der massiven Einschränkung von demokratischen Grundrechten gekommen.

Das Massaker vom 7. Oktober und die zunehmende Ausweitung des Krieges durch Israel stehen für die Art von Gewalt, mit der seit Jahrzehnten immer wieder der Friedensprozess in der Region zerstört wird. Eine militärische Lösung des komplexen Nahost-Konfliktes wird es nicht geben.

Eine Lösung kann es nur geben, wenn die berechtigten Interessen von Israelis und Palästinensern endlich anerkannt und Völker- wie Menschenrechte für alle und ohne doppelte Standards garantiert werden. Israel und Palästina haben ein Recht auf



Bundesparteitag 2025 in Halle, Foto: Martin Heinlein, Die Linke.

Selbstbestimmung in einem eigenen Staat und auf Selbstverteidigung. Das rechtfertigt aber niemals Terror und Kriegsverbrechen. Nur durch gegenseitige Anerkennung und Gerechtigkeit kann ein dauerhafter Frieden erreicht werden.

Für eine friedliche Lösung ist es notwendig, den Scharfmachern auf beiden Seiten konsequent entgegen zu treten. Denn weder die rechte israelische Regierung noch die Fundamentalisten von Hisbollah und Hamas haben ein Interesse an einem gerechten Frieden. Im Gegenteil: Mitglieder der israelischen Regierung äußern offen rassistische Vertreibungspläne und treiben unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung die völkerrechtswidrige Besatzung des Westjordanlandes sowie die Vertreibung von Palästinenser:innen voran. Die Islamisten von Hisbollah und Hamas feiern die Vernichtung jüdischen Lebens als Akt der Befreiung und verbreiten offenen Antisemitismus. Niemals werden wir als Linke die Rolle des Antisemitismus ignorieren, der den mörderischen Terror von Hamas oder Hisbollah antreibt. Wer in Nahost oder hierzulande antisemitische Ressentiments befeuert, wer das Existenzrecht Israels in Frage stellt, wer gegen jüdische Menschen hetzt oder den Terror der Hamas relativiert, kann für uns ebenso wenig Bündnispartner:in sein wie diejenigen, die rassistische, anti-muslimische oder anti-palästinensische Angriffe und Propaganda gutheißern oder betreiben. Für Antisemitismus und Rassismus ist kein Platz in der Linken.

Die Bundesregierung muss die wirtschaftliche Kooperation mit den Staaten der Region konsequenter unter die Bedingung stellen, aktiv zum Friedensprozess beizutragen und Eskalationsschritte zu unterlassen bzw. zu verhindern. Das gilt vor allem für die Türkei, Katar und Iran, die zu den Hauptsponsoren der Hamas gehören.

Wir sagen: Wir müssen raus aus der Sackgasse von Nationalismus, Eskalation und Militarismus! Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gelten den israelischen, palästinensischen und libanesischen Opfern. Als Linke stehen wir gemeinsam und entschieden

gegen jede Form des Antisemitismus und Rassismus – unabhängig davon, von welcher politischen und weltanschaulichen Richtung er ausgeht. Wir stehen für eine Politik, die jüdische Menschen konsequent schützt. Wir verurteilen unmissverständlich alle Kriegsverbrechen und alle Verstöße gegen das Völkerrecht. Es braucht dringend eine politische Lösung. Wir stehen dabei an der Seite all jener, die sich sowohl in Israel als auch in Palästina für einen gerechten Frieden einsetzen, insbesondere der linken Kräfte und der Friedensbewegungen, die trotz schwieriger Bedingungen unermüdlich für eine friedliche Zukunft kämpfen. Aus der Geschichte des Holocaust und des Antisemitismus ist der Staat Israel eine historische Notwendigkeit. Die historische Verantwortung Deutschlands kann aber keine bedingungslose Unterstützung der Kriegsführung der ultrarechten Netanyahu-Regierung bedeuten. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung einen konsequenten Einsatz für einen sofortigen Waffenstillstand. Menschen- und Völkerrecht müssen für alle gelten. Das bleibt unsere Verantwortung, gerade in diesen Zeiten. Die Linke steht für eine friedliche Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt Palästinas, ein souveränes, sicheres Israel an der Seite eines souveränen, sicheren Palästinas, einschließlich der Möglichkeit einvernehmlichen Gebietsaustauschs auf Grundlage der UN-Resolutionen. Im gemeinsamen Prozess um die Zukunft der Region müssen Israelis und Palästinenser:innen gleichberechtigt beteiligt sein. [...]

In diesem Sinne beteiligen wir uns als Die Linke an Demonstrationen für den Frieden, gegen Antisemitismus und Rassismus und für eine gerechte Zweistaatenlösung. Wir organisieren Veranstaltungen zur Aufklärung über den Krieg und über die Situation in Israel und Palästina und erarbeiten entsprechende Materialien.



Foto: Marine Sintès/unsplash

Vom Kampf gegen das Verschwinden

Ein Bericht über das Leben als Mutter eines an Myalgischer Enzephalomyelitis erkrankten Kindes

von Lilli Hallmann

Es ist früh am Morgen. Um uns herum beginnt das geschäftige Gewusel von Menschen, die sich für den Tag bereit machen, zur Arbeit fahren, zur Schule gehen, in den Kindergarten gebracht werden, mit dem Hund einen Spaziergang machen, joggen, sich mit Freund:innen verabreden. Für meinen Sohn beginnt ein weiterer Tag, an dem er an all dem nicht teilhaben kann. Für mich beginnt ein weiterer Tag, an dem ich – wenn es gut läuft – ein paar Momente der »Freiheit« außerhalb der Wohnung finde. Seit einem Jahr ist mein Kind nicht mehr in der Schule gewesen, seit einem Jahr bin ich nicht mehr ins Büro gefahren. Die Nachbar:innen aus dem Haus, in dem wir seit einem halben Jahr wohnen, haben meinen Sohn noch nie gesehen. Er selbst kennt die Umgebung nur von Fotos, die ich für ihn gemacht habe. Unsere Wohnung ist voll von Erinnerungen an eine Zeit, in der sich unser Leben »normal« anfühlte, in dem es möglich war, zu planen, zu gestalten, Dinge zu tun, die einem Freude machen. Uns umgeben Dinge wie Urlaubsfotos, Medaillen und Pokale, Schulbücher, Spielsachen, meine Recherchen für eine eigentlich geplante Doktorarbeit. All dies sind Gegenstände, die jetzt merkwürdig befremdlich erscheinen und deren Anblick mich häufig traurig macht.

Vor einem Jahr kam mein Sohn (heute 13 Jahre alt) von einem Rennradwettkampf, fiebrig, vollkommen erschöpft, er ist in der Wohnung zusammengebrochen und konnte danach quasi nicht mehr aufstehen. Es folgten Schnupfen, Husten. Zunächst ging ich von einer erneuten Corona-Infektion aus, die zu Hause händelbar sei. Die viralen Symptome legten sich dann auch nach ein paar Wochen, doch die alte Vitalität kehrte nicht zurück. Es blieb eine extreme Erschöpfung sowie starke Muskelschmerzen, kognitive Probleme und nicht zuletzt eine ausgeprägte Kreislaufdysregulation. Später kam eine enorm einschränkende und belastende Reizhypersensibilität hinzu, weshalb er seit mehreren Monaten den Tag in einem abgedunkelten Zimmer verbringen muss und Gespräche nur im Flüsterton erträgt.

Die Anfangszeit bestand aus zahlreichen Ärzt:innenbesuchen, die zu keiner Lösung, sondern nur einer Verstärkung der Symptomatik führten. Niemand fühlte sich wirklich zuständig; war eine Verdachtsdiagnose ausgeschlossen (z. B. Herzmuskelentzündung), ließen Fachärzt:innen uns mit dem Verweis auf eine Weiterbehandlung durch die damalige Kinderärztin wieder im Regen stehen. Diese wiederum war völlig ratlos. Letztlich habe ich ihr – nach einem Hinweis eines befreundeten Arztes auf die Möglichkeit des Bestehens einer sogenannten postviralen Fatigue sowie meinen eigenen tage- und nächtelangen Recherchen – die Verdachtsdiagnose selbst buchstabiert: Myalgische Enzephalomyelitis (im Folgenden ME), auch Chronisches Fatigue Syndrom genannt (im Folgenden CFS, wobei ich persönlich letzteren Begriff für nicht adäquat halte, setzt er doch den Fokus auf einen Erschöpfungszustand, der bei weitem nicht das einzige Symptom dieser

Erkrankung ist und »Erschöpfung« ohnehin eine verharmlosende Bezeichnung für das Leiden der Betroffenen darstellt). Es sollte nicht das Letzte Mal sein, dass ich Ärzt:innen oder Therapeut:innen erklären musste, um welche Krankheit es sich handelt, was wir benötigen, weshalb wir es benötigen und welche Schritte im Folgenden zu tun sind. Bis heute sind solche »Gespräche« für mich re-traumatisierend, nicht nur, weil ich immer wieder über das eigentlich Unbeschreibliche sprechen muss, sondern auch, weil sich in solchen Momenten der Rollenverkehrung das beängstigende gesundheitspolitische Desaster offenbart, das hier zugrunde liegt. Schon sehr früh war ich unfreiwillig zur Verwalterin der Krankheit meines Sohnes geworden, weil es keine Anlaufstelle gab (und gibt), die Aufklärungsarbeit leistet, geschweige denn, den betroffenen Familien vor Ort längerfristig beisteht. Essenzielle Informationen bezog ich sämtlich auf digitalem Weg.¹ Die Long-Covid Ambulanz am Universitätsklinikum Jena (in die wir lediglich durch Kontakte kamen – laut Warteliste hätten wir erst nach mehreren Monaten einen Termin erhalten; mein Sohn konnte zu diesem Zeitpunkt nicht einmal mehr stehen) entpuppte sich als ein nicht hilfreiches Konglomerat aus einer überlasteten Kinderärztin, die nebenbei noch eine weitere Ambulanz sowie den Stationsalltag zu bewerkstelligen hat, einer zwar ambitionierten Krankenschwester, die jedoch vermutlich in einigen Überstunden die zahlreichen Anfragen verzweifelter Eltern abarbeitet, sowie Tests, die bei den betroffenen Kindern und Jugendlichen zu schweren Crashes führen können, von denen sich manche nicht mehr erholen.² Vor meinem inneren Auge sehe ich noch immer das Bild meines schwerkranken Kindes, das sich verzweifelt und mit letzter Kraft bemüht, die geforderten Test »zu bestehen«. Später habe ich erfahren, dass es für eine Diagnosestellung für ME/CFS durchaus genügt, wenn die sogenannten Kanadischen Konsenskriterien erfüllt sind, die mittels umfangreicher Fragebögen ermittelt werden – ein Diagnostikverfahren, das meinem Sohn viel zusätzliches Leid erspart hätte.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt stand fest, dass wir uns in einer desaströsen Versorgungslage befanden. Nicht nur, dass einem auf dem Weg bis zur gesicherten Diagnose nahezu permanentes Unwissen und Fehlverhalten seitens der aufgesuchten Mediziner:innen begegnete, sondern auch, dass einem im Anschluss an die kräftezehrenden Untersuchungen vermittelt wurde, dass es keine ursächliche Therapie gibt und die Erkrankung aus diesem Grund als unheilbar gilt.

Eine kompetente Anlaufstelle fanden wir schließlich am Evangelischen Klinikum Bielefeld-Bethel, dessen Kinderarzt Jeremy Schmidt mich seitdem telemedizinisch zu möglichen Maßnahmen zur Linderung der Symptomatik berät. Ich habe mich für den Weg einer Off-Label-Medikation entschieden, zur Gabe von Medikamenten also, die ursprünglich für eine andere Erkrankung und nicht für Kinder



zugelassen wurden. Auch hier also ist die oben skizzierte katastrophale Versorgungslage deutlich zu spüren: es fehlt an Forschung, Geldern und dementsprechend auch an langjähriger Expertise. Die Medikamente müssen aus eigener Tasche bezahlt werden, es sei denn, man bringt die Kraft auf, in einem bürokratischen Procedere bei der Krankenkasse eine Kostenübernahme zu erwirken. Eines der Präparate, das meinem Kind zur Muskelstärkung verordnet wurde, kostet monatlich rund 60 Euro, ein weiteres, mit dessen Herstellung wiederum nur wenige Apotheken in Deutschland vertraut sind, in etwa 150 Euro monatlich. Hinzu kommen zahlreiche Nahrungsergänzungsmittel, die ebenfalls nicht von der Krankenkasse übernommen werden, sodass jeden Monat mehrere hunderte Euro anfallen. Ganz zu schweigen von der Anschaffung des benötigten Equipments wie Pulsuhr oder einem mobilen EKG-Gerät inklusive App für den häuslichen Gebrauch. Betroffene Familien, die kein gesichertes Einkommen haben oder bei denen Sprachbarrieren bestehen, sich aber durch den bürokratischen Dschungel eventueller Kostenübernahmen wühlen müssen, dürften unter den ohnehin schon prekären gesundheitspolitischen Verhältnissen besonders zu leiden haben. Nicht zuletzt haben viele Angehörige aufgrund der seelischen Belastung schlicht keine Kapazität mehr, Anträge und Widerspruchsverfahren zu verfassen.

Dass das Gesundheitswesen bisher in keiner Weise die Erkrankung ME/CFS auf dem Radar hatte, wurde nochmals deutlich spürbar, als ich für meinen Sohn bei der Pflegekasse einen Antrag auf Feststellung einer Pflegestufe stellte. Die hierfür auszufüllenden Fragebögen richten sich offenkundig an alte Menschen, im Besonderen an Demenzerkrankte. Es gibt keinerlei Fragen, die speziell den Bedarf bei minderjährigen Pflegebedürftigen erfassen, sich beispielsweise auf pflegerrelevante Tätigkeiten während des häuslichen Lernens beziehen. Als mein Kind noch halbwegs in der Lage war, stundenweise Home-schooling durchzuführen, bedeutete das für mich, mit den Lehrer:innen zu kommunizieren, sämtliche Gegenstände zusammenzutragen, die benötigte Trinkmenge während des Lernens sicherzustellen, den Kreislauf zu überwachen, die Füße hochzulagern, im Vorfeld sowie im Anschluss für Erholung zu sorgen oder in einem Tagebuch die Symptome während der Schulstunde einzutragen – um nur ein paar Beispiele an Tätigkeiten zu nennen. Auch findet innerhalb des Fragebogens das Leitsymptom der Erkrankung – die Post-Exertional Malaise (PEM) – kaum Platz. Unter PEM ist die (möglicherweise dauerhafte) Zustandsverschlechterung einiger oder gar aller Symptome nach kognitiver, emotionaler oder physischer Belastung zu verstehen. Für Betroffene und Angehörige ist es oberste Devise, PEM zu vermeiden. Quasi jeden Tag aufs Neue gilt es, die Belastungsgrenze auszutariieren. In den Fragebögen wird stets danach gefragt, ob diese oder jene

Tätigkeit möglich ist, nicht aber nach den negativen Konsequenzen, die das Ausführen jener Tätigkeit für die betroffene Person mit sich bringen kann. Erst recht nicht wird danach gefragt, was es für die zu pflegende sowie die pflegende Person bedeutet, derartige negative Konsequenzen zu vermeiden. So kann es einem an ME erkrankten Kind beispielsweise möglich sein, sich selbstständig die Zähne zu putzen, es kann aber sein, dass im Anschluss an diese Tätigkeit nichts anderes mehr getan werden kann, da der Körper von einer weiteren Handlung überlastet wäre. Um Zähne putzen zu können, ohne anschließend eine Zustandsverschlechterung zu erfahren, müssen folglich andere Aktivitäten weggelassen werden. Oder aber in den Vorgang des Zähneputzens müssen Pausen eingebaut werden. Die Durchführung einer Tätigkeit setzt also immer auch vorausschauendes Handeln der pflegenden Person voraus, um eine Überlastung und damit Zustandsverschlechterung des/der Erkrankten zu vermeiden. Diese Form der Pflege, geschweige denn ihr Ausmaß, kann jedoch in den Fragebögen nicht angegeben werden. Auch hier liegt es wieder an der Kapazität der antragstellenden Person, inwiefern sie gegenüber der Pflegekasse bzw. den Gutachter:innen die spezifischen Erfordernisse begreiflich machen kann. Wir selbst hatten mit der Begutachtung durch den medizinischen Dienst Glück im Unglück, die Pflegesituation wurde angemessen erkannt. Aus Online-Selbsthilfegruppen weiß ich jedoch, dass viele Familien leider nicht die Pflegestufe erhalten, die ihnen eigentlich zustehen würde. Bei manchen wird der Antrag gar gänzlich abgelehnt oder erst nach einem nervenaufreibenden Widerspruchsverfahren genehmigt – und das, obwohl die Erkrankung per se zu einem hohen Maß an pflegerischen Maßnahmen führt und der Krankheitsverlauf wesentlich von einer adäquaten Unterstützung durch das soziale Umfeld abhängt.

Ähnliche Diskriminierungen erleben viele Betroffene in Hinblick auf das Procedere der Feststellung eines Grades der Behinderung – wir selbst sind von derlei Fehleinschätzungen verschont geblieben. Nutzen können wir die mit der Genehmigung des Behindertenausweises verbundenen Möglichkeiten jedoch nicht (das kostenlose Parken auf ausgewiesenen Parkplätzen beispielsweise), da mein Sohn wie eingangs erwähnt derzeit das Haus nicht verlassen kann. Seit der eigenen Betroffenheit als Mutter eines chronisch kranken Kindes hat sich mein Blick auf das Label der »Barrierefreiheit« im Übrigen geändert. So wohnen wir in einem barrierearm wirkenden Haus: es gibt einen Fahrstuhl, in dem eine automatische Ansage über die entsprechende Etage sowie das Öffnen und Schließen der Türen informiert. Genau diese Ansage ist es jedoch, die wiederum meinen Sohn von der Nutzung des Fahrstuhls ausschließt: der Geräuschpegel wird aufgrund der mit ME verbundenen Neuroinflammation nicht toleriert, auch das grelle Licht im Inneren des Lifts wird

aufgrund selbiger von ihm nicht vertragen. Es ist nur eines von unzähligen Beispielen, bei denen die Myalgische Enzephalomyelitis uns dazu zwingt, bestehende Annahmen (bspw. Sonnenlicht tut immer gut), Ideale (wie der Drang zur schnellen Wiederherstellung einer Leistungsfähigkeit) und Narrative (z. B. das eines linearen Krankheitsverlaufs) grundlegend zu überdenken.

Ein reizloses Milieu zu schaffen, damit auch Schwerstbetroffene sich außerhalb der eigenen vier Wände aufhalten können, ist vermutlich nicht umsetzbar. Viele andere Dinge aber sind realisierbar – und dringend notwendig – damit an ME erkrankten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und ihren Angehörigen ein wenig mehr Lebensqualität ermöglicht wird – und damit sie im besten Fall erst gar nicht so tief fallen.

Als LINKE können und sollten wir uns mit den Bestrebungen der Betroffenen solidarisieren, Selbsthilfe- und Aktionsgruppen stärken (hierzu zählt z. B. die Initiative Nicht Genesen Kids³ sowie Fatigatio e. V., der Bundesverband ME/CFS⁴ oder das Projekt #MillionsMissing Deutschland⁵), die sich für eine bessere medizinische Versorgung und wissenschaftliche Erforschung einsetzen, um langfristig einen medizinischen Standard zu erreichen. Wir sollten dafür Sorge tragen, dass angehende Mediziner:innen zur Diagnostik und zum Umgang mit ME/CFS ausgebildet, dass wissenschaftliche Erkenntnisse, insbesondere zur Spezifik der Post-Exertional Malaise, besser gestreut und in sämtlichen medizinischen Disziplinen umgesetzt werden, um Falschdiagnosen, Falschbehandlungen und damit verbundene Traumata zu vermeiden. Wir sollten uns auch außerhalb medizinischer Fakultäten für mehr Aufklärung stark machen, Stigmatisierungen von chronisch Kranken und vermeintlich »unsichtbarem« Leiden entgegenstellen. Unser Ziel sollte es sein, für mehr finanzielle Sicherheit pflegender Angehöriger einzustehen, die ihrer Lohnarbeit aufgrund der Mehrbelastung oftmals nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr nachgehen können. Wir können uns dafür einsetzen, dass Arbeitsplätze und Schulen für Betroffene zu Orten werden, an denen sie unter ihrer Belastungsgrenze bleiben und somit im Rahmen ihrer Möglichkeiten am Leben teilhaben können. Uns sollte grundsätzlich die Frage beschäftigen, was eine Gesellschaft an Veränderungen braucht, damit von ME betroffene Menschen nicht von einem Tag auf dem anderen von der Bildfläche verschwinden, verschwinden *müssen*.



Foto: Lilli Hallmann

- 1 Für Angehörige, Freund:innen und medizinisches oder pädagogisches Personal sei die Website des Sozialpädiatrischen Zentrums der Universitätsklinik Würzburg empfohlen. Hier finden die genannten Personengruppen übersichtliches Informationsmaterial: https://kurzlinks.de/ukw_me_cfs
- 2 Hierzu zählen der sogenannte Sit-to-Stand-Test sowie eine Handkraftmessung mit einem Dynamometer.
- 3 <https://nichtgenesenkids.de/>.
- 4 <https://www.fatigatio.de/>.
- 5 <https://www.millionsmissing.de/>.

Allgemeine Informationen zu ME/CFS¹

Die Myalgische Enzephalomyelitis ist eine schwere neuroimmunologische Erkrankung, die oft zu einem hohen Grad körperlicher Behinderung führt. Weltweit sind etwa 17 Mio. Menschen betroffen. In Deutschland wurde die Zahl ME/CFS-Betroffener vor der COVID-19-Pandemie auf etwa 250.000 geschätzt, darunter 40.000 Kinder und Jugendliche. Expert:innen gehen davon aus, dass sich die Zahl der Erkrankten durch COVID-19 verdoppelt hat. Damit ist ME/CFS relativ weit verbreitet.

Häufig beginnt ME/CFS nach einer Infektionskrankheit. Verschiedene Pathogene sind als Auslöser bekannt, so z. B. das Epstein-Barr-Virus und die Influenza. Nach der SARS-Pandemie 2002/2003 entwickelte ein Teil der Erkrankten ME/CFS. Seit Beginn der COVID-19-Pandemie zeigt sich ebenfalls, dass eine Subgruppe nach einer Corona-Infektion ME/CFS entwickelt. Daher wird mit einer deutlichen Zunahme ME/CFS-Erkrankter gerechnet.

ME/CFS-Betroffene leiden neben einer schweren Fatigue (körperliche Schwäche), die das Aktivitätsniveau erheblich einschränkt, unter neurokognitiven, autonomen und immunologischen Symptomen. Charakteristisch für ME/CFS ist die Post-Exertional Malaise (PEM), eine ausgeprägte und anhaltende Verstärkung aller Symptome nach geringer körperlicher oder geistiger Anstrengung. PEM tritt typischerweise schon nach geringer Belastung auf. Schon kleine Aktivitäten wie Zähneputzen, Duschen, Kochen oder wenige Schritte Gehen können zur Tortur werden oder Besorgungen im Supermarkt anschließend zu tagelanger Bettruhe zwingen. Für Schwerstbetroffene kann die PEM bereits durch das Umdrehen im Bett oder die Anwesenheit einer weiteren Person im Raum ausgelöst werden.

Das wichtigste Element des Symptommanagements bei ME/CFS ist das sogenannte Pacing. Beim Pacing geht es darum, dass ME/CFS-Erkrankte innerhalb ihrer durch die Krankheit vorgegebenen pathologischen Belastungsgrenze bleiben, um keine Zustandsverschlechterung aufgrund der Post-Exertional Malaise auszulösen. Im Zentrum von Pacing stehen körperliche und geistige Schonung.

Die Behandlung von ME/CFS erfolgt derzeit nur symptomorientiert. Eine kausale Therapie, die ME/CFS heilt oder den Zustand maßgeblich verbessert, gibt es bisher nicht.

ME/CFS in Forschung und Gesundheitspolitik: zwischen Marginalisierung und Stigmatisierung²

Die WHO stuft ME/CFS seit 1969 als neurologische Erkrankung ein. Dennoch wurde bisher kaum über ME/CFS geforscht.³ Vor allem die biomedizinische und klinische Forschung wurde stark vernachlässigt. Ein Grund für die geringe Forschung ist, dass die Staaten international nur wenig Gelder für die Forschung bereitstellen. So gab es in Deutschland bis 2020 keine offizielle Forschungsförderung für ME/CFS.

ME/CFS gehört zu den Krankheiten mit der niedrigsten Lebensqualität überhaupt, teilweise niedriger als bei Schlaganfall-, Herzinsuffizienz- oder Krebspatient:innen. Studien haben bei ME/CFS-Patient:innen die niedrigsten Vitalitäts- und Funktionalitätswerte aller chronischen Erkrankungen gemessen. Der Schweregrad von ME/CFS kann variieren, aber bereits eine »leichte« Ausprägung der Erkrankung bedeutet eine 50%ige Einschränkung des möglichen Aktivitätsniveaus verglichen mit dem vor der Erkrankung. Schwerstbetroffene sind zu 100% bettlägerig, sehr stark reizempfindlich und auf umfassende Pflege bis hin zur künstlichen Ernährung angewiesen. Die Erkrankung hat nicht nur massive Auswirkungen auf die Lebensqualität von Betroffenen, sondern auch auf jene von Angehörigen.

¹ Die unter diesem Abschnitt zu lesenden Informationen sind – wenn nicht anders gekennzeichnet – folgendem Informationsportal entnommen: Gesellschaft für ME/CFS e. V., in: <https://mecfs.de/was-ist-me-cfs/>. Die Inhalte wurden durch die Autorin teils gekürzt, teils umgestellt.

² Die unter diesem Abschnitt zu lesenden Informationen sind hauptsächlich dem Informationsportal der Österreichischen Gesellschaft für ME/CFS entnommen, siehe: <https://mecfs.at/>. Grundlage ist u.a. die Studie von Hvidberg et al. (2015), *The Health-Related Quality of Life for Patients with Myalgic Encephalomyelitis / Chronic Fatigue Syndrome (ME/CFS)*, in: <https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0132421>.

³ Siehe hierzu auch die Aktion #unversorgtseit1969 der Österreichischen Gesellschaft für ME/CFS, <https://mecfs.at/unversorgtseit1969/>.

Jetzt wäre die Stunde des Parlaments

von Ralph Lenkert

Nachdem sich die Ampel im Streit monatelang selbst blockierte und FDP-Lindner die Schuldenbremse mit massiven Streichungen im Sozialbereich und bei Renten sichern wollte, kam es am 06.11.2024 zum Bruch der Ampel. Bundeskanzler Scholz entließ Finanzminister Lindner.

Verantwortungslos forderten Merz und die Union sofortige Neuwahlen. Dann wäre die Neuwahl spätestens am 12. Januar 2025 durchzuführen gewesen. Wahlkampf und Plakateschlacht über Weihnachten und das dann alle vier Jahre - unfassbar. Erschreckend war, dass die Medien kritiklos in diese Forderung einstimmten. Der berechtigte Einwand der Bundeswahlleiterin, dass es logistische und auch formale Schwierigkeiten geben könnte, wurde lächerlich gemacht.

Es folgten scheinheilige Reaktionen der Medien, nachdem SPD, Union und Grüne im Hinterzimmer den 23. Februar als Wahltermin ausgehandelt hatten. Plötzlich wurde die Eile kritisiert, die unnötig Fehler produzieren könnte und Kleinparteien benachteiligt.

Weder die amtierende Bundesregierung noch die demokratische Opposition verfügen jetzt über eine Mehrheit im Deutschen Bundestag. Jetzt wäre die Stunde des Parlaments, denn der jetzige Bundestag ist mindestens bis zum Wahltermin arbeitsfähig. Die Abgeordneten könnten mit (wechselnder) Mehrheit Gesetze beschließen, Gelder freigeben und die amtierende Regierung müsste dies umsetzen.

Wichtige Gesetze für die Menschen müssen möglichst noch dieses Jahr beschlossen werden. Das Deutschlandticket brauchen viele Menschen. Es ist erfolgreich und es ist wirksamer, sozialer Klimaschutz. Aber der Bundestag muss den Zuschuss beschließen. In der Automobilindustrie und bei den Zulieferern bangen Mitarbeiter und Familien um ihre Zukunft. E-Mobilität in Deutschland voranbringen, ganze Werke auf den Bau von Straßenbahnen, Zügen und Bussen umzurüsten, damit Arbeitsplätze langfristig sicher sind, das muss schnell passieren. Beim Blick auf die Stromrechnung laufen die Netzentgelte davon. Die Industrie, das Handwerk, alle Haushalte können es kaum noch bezahlen, die Netzkosten müssen gesenkt werden. Das Kraftwerkssicherungsgesetz sichert dauerhaft unsere Stromversorgung, aber dafür muss es beschlossen werden. Die Sicherung des Rentenniveaus ist notwendig,

sonst gibt es noch mehr Altersarmut. Ja, fünf Euro mehr monatliches Kindergeld sind viel zu wenig, aber besser als nichts. Unser Verfassungsgericht muss vor Extremisten geschützt werden, indem man Änderungsmöglichkeiten mit einfacher Mehrheit noch vor der nächsten Bundestagswahl abschafft.

Wir - die Linken im Bundestag – kämpfen dafür, dass die drängendsten Aufgaben erledigt werden, noch vor der Neuwahl. Parallel muss sich unsere Partei auf die Wahl vorbereiten, bis 21.12. die Kandidaten für Direktwahlkreise und Landeslisten wählen, das Bundestagswahlprogramm im Januar verabschieden und dann in den kurzen und intensiven Wahlkampf eintreten.

Ich bin optimistisch, dass wir nicht nur mindestens drei Direktwahlkreise gewinnen, sondern die 5-Prozent-Hürde nehmen können. Ich will meinen Beitrag leisten und biete an, für den Direktwahlkreis Jena-Sömmerda-Weimarer Land 1 für Die Linke zu kandidieren.



Ralph Lenkert, Foto: Felix Ihle

Die Linke klingelt an der Haustür

Erfahrungen aus dem Weimarer Haustürwahlkampf von Sönke von der Ahe



Ein Teil des Teams vor dem Wahlkreisbüro in Weimar West. Foto: Linda Laub

Auf der Straße, im Internet und an der Haustür – im Landtagswahlkampf hat Die Linke die Weimarer:innen auf vielen Wegen angesprochen. Mit dem Haustürwahlkampf konnte nach den ersten Versuchen im Kommunalkampf nun ein weiterer Modus der Parteikommunikation etabliert werden. Doch das Instrument hat noch deutlich mehr Potential und sollte in Zukunft stärker genutzt werden.

Die direkte Ansprache im Treppenhaus passt zu linken Parteien: Kommunikation auf Augenhöhe, Gespräche über Themen, die im Alltag bewegen und ein Draht zu der Politik, die selten so nah ist. Die Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass dieses Verständnis von Politik auf lokaler Ebene nicht nur der Gemeinschaft im Stadtteil nützt, sondern auch Erfolge bei Wahlen begünstigen kann. Über die Erfolge der KPÖ im Ausland mit dieser Methode wurde bereits häufig berichtet, aber auch in Deutschland konnten erste gute Erfahrungen gemacht werden, beispielsweise beim erfolgreichen Kampf um das Oberbürgermeisteramt in Rostock mit Eva-Maria Kröger. Darüber hinaus konnte Deutsche Wohnen und Co. enteignen als soziale Bewegung in Berlin mit diesem Ansatz einen erfolgreichen Bürgerentscheid organisieren, welcher den ersten Fall der Vergesellschaftung nach Artikel 15 Grundgesetz in der Geschichte der BRD – und das entgegen des wirtschaftsliberalen Zeitgeists – in greifbare Nähe gerückt hat. Grund genug, auch in Weimar damit zu beginnen, beschlossen Genoss:innen bereits im Kommunalwahlkampf. Mit einer Handvoll Termine konnte die Ansprache in Weimar Nord und Weimar West getestet werden und Mitstreiter:innen für den Einsatz im Landtagswahlkampf gewonnen werden.

Einige Monate später engagierten sich dann bereits 12, vor allem junge und bewegungsnahe Menschen in diesem. Besonders in den drei Wochen vor der Wahl klingelten sie in Weimar West an 782 Haustüren und führten Gespräche an 267 geöffneten Haustüren. Die Haustür-Wahlkämpfer:innen resümierten die Erfahrung positiv, sie hätten viel gelernt und einen besonderen Zugang zum Stadtteil erlangt.

Doch das Klopfen, Klingeln und mantraartige Wiederholen der persönlichen Vorstellung stimmten auch nachdenklich: Schnell wurde deutlich, dass rassistische Erzählungen oder der Sündenbock Arbeitslosigkeit ihren Weg von den Talkshows und Wahlplakaten auch in den Kopf vieler Menschen gefunden hatten und den Wahlkampf maßgeblich prägen würden. Dabei wurde dieser Eindruck dadurch verfälscht, dass ein Großteil der Bewohner:innen nicht die Tür öffneten oder mit uns über Politik sprechen wollten, während die Wütenden und durch die breite gesellschaftliche Diskussion dieser Erzählungen Ermutigten umso lieber ihre Meinung sagen wollten. Der Umgang damit wurde zu einer der größten Herausforderungen des Wahlkampfes, denn der erste Instinkt, die häufig evidenzlosen Behauptungen zu widerlegen, entpuppte sich als Finte, welche lediglich eine weitere Behauptung dieser Art zu Tage förderte. Stattdessen mussten wir lernen die zugrundeliegende Sorge zu erkennen und als Gelegenheit zu nutzen, ein Gespräch über die gesellschaftliche Ungerechtigkeit sowie die linke Position dagegen zu beginnen. Schmerzhaft mussten wir feststellen, dass linke Analysen und Politikansätze häufig nicht (mehr) präsent sind und mühevoll neu begründet werden müssen. Dabei ist klar, dass ein einzelnes Gespräch es nicht vermag dies umzukehren, doch integriert in eine Kommunikationsstrategie zusammen mit den anderen Parteigliederungen und -instrumenten, liegt darin die Chance den nicht-endenden Strom gleichförmiger Informationen in Internet und Werbung zu durchbrechen.

Während des Wahlkampfes erkannten viele Menschen in Thüringen die Tragweite der anstehenden Wahl und einige führte daraufhin ihr Weg auch zur Partei Die Linke. Mit dem Haustürwahlkampf hat die Partei auch bei der anstehenden Bundestagswahl ein Angebot zum Mitmachen, welches unter jungen linken Menschen aktuell sehr geschätzt wird. Bei der Bewerbung dessen bietet sich demnach sowohl der Fortbestand der Bundestagsfraktion als auch die lokale Wirksamkeit gegen Rechts an. Damit würde auch eine Öffnung unserer Strukturen für Menschen, welche stärker an der singulären Wahl oder der Organizing-ähnlichen Arbeit interessiert sind, gelingen.

Eine solidarische Handlung

von Alexander Däschler

Die Debatte um die Organspende in Deutschland ist aktueller denn je. Angesichts der steigenden Zahl von Patientinnen und Patienten auf der Warteliste wird eine Überarbeitung des Transplantationsgesetzes diskutiert. Im Zentrum der Diskussion steht die Einführung der Widerspruchslösung für postmortale Organspenden, bei der von jeder und jedem grundsätzlich die Zustimmung zur Organspende ausgeht, sofern sie oder er nicht ausdrücklich widerspricht.

Anlässlich der Einbringung einer Gesetzesinitiative des Bundesrates zur Novellierung ebendieses Gesetzes hat sich Susanne mit dem Präsidenten der Landesärztekammer Thüringen zu einem Gespräch getroffen. Hans-Jörg Bittrich sieht eine dringende Notwendigkeit zur Reform, da die aktuelle Zustimmungslösung zu einem erheblichen Mangel an Spenderorganen führt. »Ende 2023 standen noch über 8.000 Patienten auf der Warteliste für ein Spender-Organ«, berichtete er bei dem Treffen. In europäischen Nachbarländern, die bereits eine Widerspruchslösung eingeführt haben, allen voran Spanien, konnte die Zahl der Organspenden hingegen deutlich gesteigert werden. Nicht nur für Bittrich deshalb der richtige Weg.

Bei dem Treffen wurden auch offene Fragen angesprochen, etwa wie mit potenziellen Spender:innen bei fehlender Erklärung im dafür vorgesehenen Register umgegangen werde. Bittrich verwies hier auf den Papier-Organpendenausweis, auf welchem der Widerspruch deutlich gemacht werden könne und der weiterhin gültig bleiben soll. Fehlt auch dieses Dokument, wäre der behandelnde Arzt oder die behandelnde Ärztin verpflichtet, sich bei den Angehörigen nach einer Willenserklärung des potenziellen Spenders zu erkundigen. Fehlt eine ausdrückliche Widerspruchserklärung, ist eine Organspende grundsätzlich zulässig.

Dem Bedenken einer Entmachtung der Angehörigen entgegnet Bittrich mit dem Verweis auf die Entlastung in einer Situation des Verlusts und der Trauer, wenn Angehörige nicht selbst über eine Organspende entscheiden müssten. Auch Susanne betonte, die Spende stelle eine grundsätzlich solidarische Handlung dar und sollte als solche in der Bevölkerung als Standard etabliert werden. Handlungsbedarf sieht sie dennoch, zum Beispiel bei der Entwicklung einer möglichst inklusiven Aufklärungskampagne, die alle Menschen erreicht. Trotz des hohen Bedarfs an Organspenden müsse jeder Mensch über die Möglichkeit des Widerspruchs informiert werden.

Susanne hat sich für die Einführung der Widerspruchslösung ausgesprochen – ein wichtiger Schritt, um die Versorgung von Transplantationsbedürftigen zu verbessern. Eine erfolgreiche Umsetzung erfordere aber eine umfassende Aufklärung, klare Regeln und eine entsprechende Sensibilisierung aller Beteiligten für die Bedeutung der Organspende. Susanne selbst hat das Thema schon länger auf dem Schirm – und hat mit ihrer Teilnahme an einer Tattoo-Aktion von Bundestagsabgeordneten nicht nur ihre Bereitschaft für eine Organspende deutlich gemacht, sondern auch ein persönliches Zeichen gesetzt, diesem bedeutenden Thema die nötige Aufmerksamkeit zu verschaffen.



Susanne mit ihrem neuen Organspende-Tattoo. Foto: Linda Laub.

Der Autor ist Student der Internationalen Beziehungen an der Uni Erfurt und absolvierte im November ein Praktikum im Büro von Susanne Hennig-Wellsow. Er nahm an einem Gespräch zum Transplantationsgesetz zwischen Susanne und dem Präsidenten der Landesärztekammer Thüringen teil. Seine Gedanken dazu beschreibt er in diesem Text.

Keine Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung (MDV)

von Ralph Lenkert

Über die Wichtigkeit der Bahnstrecke Gera-Jena-Weimar-Erfurt muss man nicht reden. Doch es besteht Handlungsbedarf: voll ausgelastete, oft überfüllte Züge, häufige Verspätungen sowie technische Probleme an den in die Jahre gekommenen RE-Zügen. Aber nichts ist ein Selbstläufer.

Seit 30 Jahren wird über den zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der Bahnstrecke zwischen Weimar über Jena, Gera bis Gößnitz geredet. Nachdem der Abschnitt von Weimar bis Stadtroda in den 2010er Jahren zweigleisig ausgebaut wurde, gelang Bodo Ramelow ein geschickter Deal. Für die Stimmen Thüringens im Bundesrat trotzte er dem Bundesverkehrsministerium die Zusage von rund 600 Millionen Euro für die Elektrifizierung der MDV ab. Es ist nachvollziehbar, dass bei den ständigen Kürzungsmaßnahmen der Bundesregierung ein Risiko für die ungeliebte Finanzierung der MDV besteht. Deshalb habe ich 2018 zusammen mit Volkmar Vogel (CDU) die Parlamentsgruppe MDV (»PG-MDV«) im Bundestag gegründet. Sie soll Druck aus dem Parlament zur Einhaltung der Zusagen für die MDV erzeugen.

Auch in dieser Wahlperiode arbeiten Abgeordnete von CDU, SPD, FDP, Grünen und der Linken zusammen, damit die Zeitpläne für die Elektrifizierung und die Finanzierung eingehalten werden. Regelmäßig lässt sich die Parlamentsgruppe von Deutscher Bahn, den Verkehrsministerien aus Berlin und Erfurt den Stand berichten.

Das Beste zuerst: der zugegebene lange Zeitplan wird derzeit eingehalten. Wie vorgesehen werden die Bauunterlagen fertiggestellt und werden bzw. wurden beim Eisenbahnbundesamt eingereicht:

Abschnitt	Einreichung Planungsunterlagen	Voraussichtliche Bauphase
Weimar—Jena Göschwitz	Oktober 2023	Januar 2027 bis Ende 2028
Jena Göschwitz—Gera	Bis Ende 2024	November 2027 bis Ende 2029
Gera—Gößnitz	Bis Juni 2025	Januar 2030 bis Ende 2033

Zwischen Planung und Baubeginn liegen Anhörungen und Planfeststellungsverfahren.



Die in die Jahre gekommenen Züge auf der Strecke werden mit Diesel betrieben. Nach der Elektrifizierung werden diese ausgetauscht.

Thüringen hat die Voraussetzungen für den eigenen Finanzierungsanteil (Zweigleisigkeit erweitern und Verlängerung von Bahnsteigen) auf den Weg gebracht. Man könnte schnell meinen alles geht seinen Gang.

Jedoch sind die Haushalte bei Bund und Land angespannt, die DB hat große finanzielle Probleme. Projekte, um die niemand kämpft, die auf starken Widerstand stoßen oder bei denen unerwartete Kostensteigerungen entstehen, werden da schnell zugunsten anderer Projekte oder aus Geldgründen gestoppt. Aus diesem Grund gibt es die »PG-MDV«. In Berlin und Erfurt spüren die Ministerien unseren Einsatz. Deshalb ist Rückhalt aus der Region, wie durch die Bahnbündnisse in Jena und Gera, von den Bürgermeistern und Stadträt:innen so wichtig. Wir brachten die DB dazu während der Planungen Informationsveranstaltungen in den betroffenen Gebieten durchzuführen.

Im Bund stehen wir vor der Aufgabe, dass die DB so viele Euros für Elektrifizierung erhält, dass auch unser Projekt ausfinanziert ist. Da bleiben wir dran, da bleiben wir am Zug.

»Das Schlimmste ist die Arroganz«

von Heidrun und Stanislav Sedlacik

In welcher Gesellschaft leben wir heute?

Die bürgerliche Regierung hat die Aufgabe, die Reichen gegen die Armen zu schützen - und das tut sie mit Erfolg. Die Mehrheit der Bürger:innen meint: »Hast du was, dann bist du was. Wenn du nichts hast, bist du selbst schuld!« Doch wer möchte schon Verlierer sein? Bei der Politik »Teile und Herrsche« macht die Mehrheit doch fleißig mit. Der undankbare Ossi, Deutsche gegen Migrant:innen, Wahrheitspächter gegen anders Denkende und anders Lebende usw. Durch diese Entwicklung sind viele verunsichert und haben Angst. Angst führt zu Frustration und Frustration zu Zorn. Und die Zornigen hoffen, dass die AfD (angeblich eine konservative und liberale Partei) ihnen helfen wird, ihren Lebensstandard zu sichern.

Alles Engagement gegen Rechts hilft nicht, wenn nicht zugleich die Wohnungsnot, die Inflation, Klimakatastrophe sowie die neoliberale Veränderung des Staates bekämpft werden. Das will die konservative Elite nicht. Dazu Prof. Knigge von der Gedenkstätte Buchenwald zum 100. Jahrestag der Reichsverfassung: »In der Weimarer Republik dachte die konservative Elite, dass mit Hitler sich die lästigen Gewerkschaften und linken Parteien erledigen, was schiefgegangen ist. Die AfD heute erinnert mich an diese Zeit.« Seit der Einheit erleben wir die Umverteilung von unten nach oben, und das ist politisch gewollt. Die Steuerreform ist bitter nötig, früher war der Spitzensteuersatz bei 56 %, heute beträgt er nur 42 %. Der Spitzensteuersatz wird 2024 fällig, ab einem jährlich zu versteuernden Einkommen von 66.761 Euro für Ledige und ab 133.521 Euro bei Zusammenveranlagung von Partnern. Erst ab dieser Grenze wird jeder zusätzliche Euro mit dem Spitzensteuersatz von 42 % versteuert (Stand: 11.06.2024).

Wann diskutieren wir endlich über Höchstlöhne und nicht immer nur über die Höhe des Mindestlohns? Die Aufgabe unserer Partei ist klar definiert, und das ist zuerst die soziale Frage. Auch wenn wir uns nicht immer einig sind, müssen wir alle akzeptieren, dass wir die Partei für eine gerechte und friedliche Gesellschaft sind!

Einigkeit und Wählbarkeit

Viele wollen oder können nicht begreifen, wer sich streitet, wird nicht gewählt! Jede Wahl ist schon vor der Wahl entschieden. Die meisten Leute wissen schon von Anfang an, wen sie wählen wollen, wofür oder wogegen sie sind. Und es ist ungeheuer

schwer, sie vom Gegenteil zu überzeugen. Nur wenn wir selbst motiviert sind, uns selbst weiterzubilden, können wir überzeugend für die Linke werben. Sahara Wagenknecht hatte bereits nach der Bundestagswahl 2017, wo Die Linke 9,2 % erreichte, begonnen, die Partei zu zerstören. In ihrem Buch »Die Selbstgerechten - Mein Gegenprogramm für Gemeinsinn und Zusammenhalt« kritisiert sie die Partei, welche sie zur linken Ikone gemacht hat. Die Massenmedien stürzten sich regelrecht im Wahlkampf 2021 darauf. Das Ergebnis zur Bundestagswahl 2021 nur 4,9%! Seit dieser Zeit war Sahara fast in jeder Talkshow zu sehen, der Bundestagsfraktion kehrte sie den Rücken, machte ihr eigenes Ding. Im Januar 2024 gründete sie dann ihre eigene Partei BSW, führende Funktionäre sind ehemalige Linke. In Thüringen wollte das BSW mit ausgelesenen 47 Mitgliedern der AfD Wähler:innen abwerben. Pustekuchen, in Thüringen wechselten 80 Tausend Wähler von den Linken zum BSW und somit wurde die linke Landtagsfraktion halbiert.

Die Friedensfrage

Frieden zu fordern ist leicht, kein Volk will Krieg. Aber wenn die Politik Angst schürt und damit das Volk überzeugen will, dass wir kriegstüchtig werden müssen, findet sich schnell ein Gegner. Dabei hat bei einem konventionellen Krieg gegen die NATO Russland keine Chance! Und die Pazifisten im eigenen Land werden zu Vaterlandsverrätern erklärt? Wo ist nur der Aufstand der Zivilgesellschaft für einen Frieden geblieben? Davon sind wir heute weit entfernt; das zeigen unsere wöchentlichen Mahnwachen der Initiative »Welt ohne Waffen« in Weimar. Im Großraum Berlin wohnen über 6 Millionen Menschen und zu der Friedensdemonstration »Nie wieder Krieg« am 3. Oktober 2024 in Berlin kamen nur ca. 40 Tausend Teilnehmer. Redner waren unter anderem Gesine Löttsch (Die Linke), Peter Gauweiler (CSU) und Sahara Wagenknecht (BSW). Wenn es uns nicht gelingt, für den Frieden so viele Menschen auf die Straße zu bringen wie 1986 gegen den NATO-Doppelbeschluss, zwingen wir die Politik in Berlin nicht zur Diplomatie in der Ukraine und Nahost. Deshalb müssen wir Lessing folgen: »Der Langsamste, der sein Ziel nicht aus den Augen verliert, geht immer noch schneller als der, der ohne Ziel herumirrt.« Wir können und wollen aber so lange nicht warten!

Gedanken in der Vorweihnachtszeit — Hilfe für die Älteren

von Günter Zimmermann

Lichterketten leuchten, der Weihnachtsmarkt ist eröffnet. Überall hört man »Stille Nacht« oder »Last Christmas« und es riecht nach Glühwein und gerösteten Mandeln. Wie man so schön sagt: Es geht hart auf Weihnachten zu.

Aber was bedeutet das für den Einzelnen?

Kinder freuen sich auf die Vorweihnachtszeit. Sie basteln, malen und sind gespannt auf die zu erwartenden Geschenke. Sie schreiben Wunschzettel - je nach Region - an den Weihnachtsmann oder das Christkind.

Was ist aber mit den Erwachsenen, deren Kinder längst aus dem Haus sind, die dann schon selbst Kinder haben und weit weggezogen sind? Unsere Seniorinnen und Senioren.

Manch einer lebt inzwischen allein, hat vielleicht seinen Partner oder einen anderen nächsten Angehörigen verloren.

Ein ganzes Leben haben sie mit ihren Kindern und später den Enkeln gebastelt und für diese hart gearbeitet. Sie haben ihre Kinder großgezogen, ihnen geholfen, ein schönes Leben zu organisieren, haben schöne und weniger schöne Zeiten erlebt und sicher auch durchlitten.

Jetzt sind sie älter und müssen feststellen, dass manches nicht mehr so gut funktioniert wie früher. Sie sind oft einsam und brauchen die Unterstützung durch andere Menschen und/oder zumindest auch den Austausch mit anderen. Die Menschen werden heute älter, was ja einerseits schön ist. Andererseits nimmt die Anzahl der von Armut Betroffenen und der Pflegebedürftigen zu. Die Pflege wird aber immer teurer. Die Rente reicht oft kaum zum Leben. Wenn man einigermaßen fit und gesund ist, kann man sich noch etwas dazuverdienen. Wer das aber nicht kann, braucht Hilfe von außen, also von uns.

Es gibt ältere Menschen, die allein leben und einsam sind. Sie waren ihr ganzes Leben für Andere da. Jetzt brauchen sie die Anderen. Dies ist eine soziale Herausforderung an die Gesellschaft und jeden Einzelnen.

Wie können wir dabei konkret helfen? In Weimar gibt es z.B. in der Vorweihnachtszeit die Wichtelpost für alleinlebende, ältere Menschen. Das ist ganz einfach: Man schreibt eine nette Karte oder packt ein Päckchen mit schönen Geschenken und schickt es anonym an einen anderen Menschen, welchem man damit eine Freude macht.

Eine ehrenamtliche Organisation mit Namen »Weimars Gute Nachbarn« kümmert sich zudem um Seniorinnen und Senioren. Die Aufgabe ihrer Mitglieder ist es, diese zu Hause zu besuchen, mal mit ihnen einen Kaffee zu trinken, Spaziergänge mit ihnen zu unternehmen und/oder einfach mal mit ihnen zu plaudern, damit sie aus ihrem reichen Leben erzählen oder ihre Sorgen anderen Menschen mitteilen können. Wichtig ist es auch, in der kalten Jahreszeit, wenn die Gehwege und Straßen oft rutschig und schlecht begehbar sind, diese zu begleiten oder aber für diese Wege zu erledigen.

Eine Hilfe für die Welt da draußen, wenn man nicht mehr so oft aus der Wohnung kann, ist das von Kindern und Enkeln geschenkte Handy oder Smartphone. Die Verwandten sind weit weg und die einstigen Freunde vielleicht nicht mehr da. Das Handy kann da eine Hilfe sein.

Aber wie funktioniert das »Höllending«? Hilfe tut da Not.

Ich habe mich daher zum Mediencoach ausbilden lassen, um den technisch aufgeweckten Seniorinnen und Senioren hier zur Hand zu gehen. Diese sind, wie ich immer wieder feststelle, sehr dankbar für die angebotene Hilfe. Sie können nach einem unkomplizierten und verständlichen Kurs ihr Handy zumindest in den wichtigsten Funktionen anwenden, beispielsweise Nachrichten versenden, Fotos machen und bearbeiten, diese per WhatsApp weiter-schicken und natürlich telefonieren. Für dieses Angebot bekomme ich eine große Dankbarkeit zurück, manchmal aber auch nur dafür, dass man endlich mal wieder ein paar schöne Stunden mit anderen Menschen verbracht hat.

Unsere Seniorinnen und Senioren haben es einfach verdient, dass man sie nicht allein lässt, man sich um sie kümmert und - wenn nötig - hilft. Dies sollte eine Selbstverständlichkeit sein!



Seniorenachmittag am 29.11.2024, im Vereinshaus Zur Linde in Ehringsdorf. Foto: Günter Zimmermann

Für mich ist es daher auch eine Herzenssache, für ältere Menschen da zu sein. Ich bringe mich gerne ein als Mitglied des Seniorenbeirats der Stadt Weimar.

Jetzt in der Vorweihnachtszeit ist das wichtiger denn je! Es gibt genügend Sprechstunden und Weiterbildungsangebote von Organisationen und Vereinen, die Menschen, welche das benötigen, mit Rat und Tat zur Seite stehen. Neben den bereits erwähnten »Guten Nachbarn« sind das auch der »Lebenshilfe-Werk Weimar-Apolda e.V.«, der Betreuungsverein Weimar e.V. »Menschen helfen Menschen«, die Mehrgenerationenhäuser, medizinische Notdienste, die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas, das »Trägerwerk Soziale Dienste Thüringen«, die Diakonie, das Deutsche Rote Kreuz, die »Hufeland-Träger-Gesellschaft« mit ihren Pflegestützpunkten, das JUL-Pflege mit ihren Angeboten des betreuten Wohnens und andere.

Nicht zu vergessen, sollte man die Volkssolidarität mit dem »Essen auf Rädern«, welches in Weimar auch von dem DRK angeboten wird.

Man sieht: Es gibt genug Möglichkeiten!

Wir als »Ehringsdorfer Heimatverein 01« haben zudem monatliche Treffen mit unseren Seniorinnen und Senioren, in der jetzigen Zeit auch mit weihnachtlichem Basteln und organisierten Weihnachtsfeiern, zu denen auch junge Menschen eingeladen sind.

Last but not least: Jeder Mensch sollte daran denken, dass er auch mal älter wird und möglicherweise auch mal in die Situation gerät, Hilfe zu benötigen.

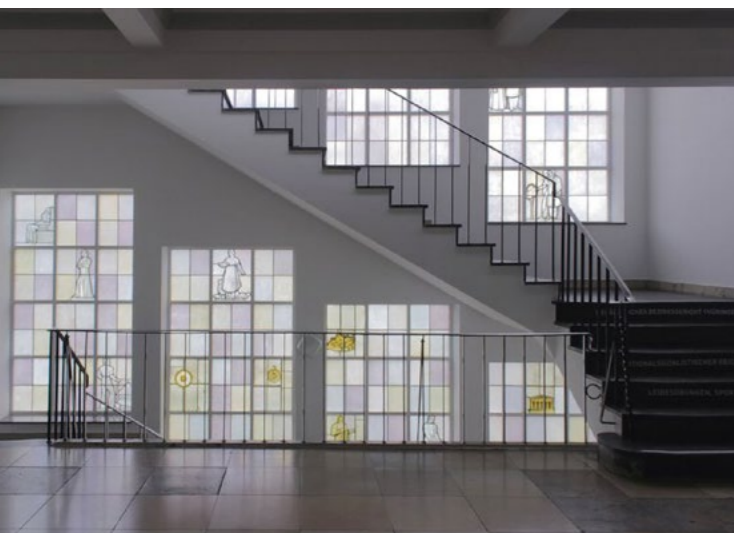
So lautet mein Appell: Jetzt schon Bereitschaft zeigen und für die älteren Menschen unter uns da sein! Sie haben es verdient!

Informationstafel zur NS-Geschichte der heutigen Bauhausstraße 11

von Lilli Hallmann

Nach aufwändigen Sanierungsarbeiten, die einen vorübergehenden Auszug nötig machten, ist die Fakultät Medien der Bauhaus-Universität Weimar zum Wintersemester in die Bauhausstraße 11 zurückgekehrt. Pünktlich zum Wiedereinzug konnten auch die Erinnerungsmedien, die im Rahmen des Forschungsprojektes Die Geschichte der Bauhausstraße 11 in den vergangenen zwei Jahren erarbeitet wurden, installiert werden. Mithilfe der über das Gelände und Gebäude verteilten informierenden und kommentierenden Medien sollen bisher unerklärt existierende Elemente mit einem diskursiven und gestalterischen Reflexionsprozess gerahmt werden. Der Erinnerungsrundgang erstreckt sich über vier Stationen: vor dem Haupteingang, im Eingangsbereich, im Treppenhaus sowie in einem Raum, der ursprünglich als Kantine diente. Die Informationstafel im Außenbereich ist durchgehend öffentlich zugänglich, alle weiteren Informationsmedien sind während den Öffnungszeiten der Fakultät einsehbar – selbstverständlich auch für Nicht-Universitätsangehörige.

Weshalb aber ist Erinnern an diesem Standort so wichtig? Die heutige Bauhausstraße 11 ist zutiefst verwoben in die Verbrechen des Nationalsozialismus, im Speziellen in die NS-Gesundheitspolitik und ihre bürokratischen Prozesse, die Stigmatisierung, Enteignung und Verfolgung mit ermöglichten.



Die im Text beschriebenen Treppenhausfenster der Bauhausstraße 11.
Foto: Ivana Buhl.

Die nationalsozialistische Vergangenheit dieses Ortes war bisher in keiner Weise öffentlich sichtbar. 2018 begannen Lehrende und Studierende der Fakultät Medien, sich außerhalb des Lehrbetriebs für ein Erinnern an der Bauhausstraße 11 einzusetzen. 2021 startete das von der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen geförderte Projekt Die Geschichte der Bauhausstraße 11.

Das Gebäude wurde im Auftrag der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, Landesstelle Thüringen gebaut und fungierte als sogenanntes Ärztehaus zwischen 1937 und 1945 als Schaltzentrale der NS-Gesundheitspolitik in Weimar und Thüringen. In diesem Zeitraum hatten hier die wichtigsten Institutionen der Thüringer NS-Gesundheitsverwaltung – beispielsweise die Gauamtsleitung Thüringen des Amtes für Volksgesundheit – ihren Sitz. Das »Ärztehaus« fungierte somit während des NS-Regimes als administrative Schaltzentrale der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik und Medizinbürokratie im sogenannten Gau Thüringen. Im Zuge der NS-Medizin- und Gesundheitspolitik sollte eine als »arisch« verstandene Ärzt:innenschaft und Heilkunde etabliert werden. Dazu gehörten die Entrechtung jüdischer, oppositioneller und anderer verfolgter Ärzt:innen, Euthanasie-Verbrechen, die Bevölkerungskontrolle und Bevölkerungsselektion oder medizinische Folter in Konzentrationslagern. Vor diesem Hintergrund ist das ehemalige »Ärztehaus« als ein Ort des Täterhandelns im Nationalsozialismus zu verstehen. Noch heute sind im Gebäude Spuren der nationalsozialistischen Vergangenheit zu finden, vor allem die bildlichen Darstellungen der Treppenhausfenster (siehe Abb.).

Wer an einer vertiefenden Lektüre zum Themenkomplex Erinnern an Verbrechen der Gesundheitspolitik des NS interessiert ist, findet unter folgendem Link die Projektabschlusspublikation Auf dem Weg zum Erinnerungsort – das Gebäude der NS-Medizinbürokratie in Weimar kostenfrei als Download: https://www.db-thueringen.de/receive/dbt_mods_00061333.

Das Buch ist zudem über den Weimarer Lucia Verlag für 25 € erhältlich: <https://luciaverlag.de/shop/einzelpublikationen/auf-dem-weg-zum-erinnerungsort/>

Die Linke im Kreistag Weimarer Land

von Gudrun Kittel

Im Anschluss an die erste Sitzung des Kreistages Weimarer Land trafen sich die gewählten Kreistagsmitglieder von Linken und Bündnisgrünen, um sich zu konstituieren. In der neuen Legislaturperiode werden wir als gemeinsame Fraktion »Die Linke – Bündnis 90/Die Grünen« im Kreistag zusammenarbeiten. Als Fraktionsvorsitzende wurde Gudrun Kittel von den Linken gewählt, die den Vorsitz ihrer Fraktion bereits in der vergangenen Legislatur inne hatte. Ihre Stellvertreterin ist Beatrice Sauerbrey von den Grünen. Weitere Mitglieder der Fraktion sind Udo Nauber, der erstmalig die Fraktion im Kreistag verstärken wird sowie erfahrene Mitglieder wie Constanze Kubitz, Kevin Reichenbach und Max Reschke.

Da erst mit dem Kreistag vom 19. September die Beschlüsse zu den Ausschüsse und Gremien des Kreistages gefasst wurden, startete die konkrete Sacharbeit relativ spät. Durch eine gemeinsame Fraktion von Linken und Grünen haben wir erreicht, dass wir in jedem Ausschuss einen Sitz haben und auch in einigen Gremien und Aufsichtsräten vertreten sind: So vertritt uns Gudrun im Hauptausschuss, im Werkausschuss und im Finanzausschuss, in diesem ist sie auch stellvertretende Ausschussvorsitzende. Außerdem ist sie Mitglied im Aufsichtsrat der Robert-Koch-Krankenhaus Apolda GmbH.

Constanze setzt ihre Arbeit als stellvertretende Ausschussvorsitzende im Bau- und Vergabeausschuss fort. Außerdem sitzt sie im Aufsichtsrat der Klinik-Service-Gesellschaft GmbH.

Auch Kevin kann seine Ausschussarbeit im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss sowie als Aufsichtsratsmitglied unserer Personenverkehrsgesellschaft mbH Weimarer Land fortführen. Außerdem wurde Kevin bereits zur konstituierenden Sitzung des Kreistages am 18. Juni zum stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden gewählt und ist somit in dieser Legislatur mitverantwortlich für die Leitung der Kreistagsitzungen.

Max wird sich auch in dieser Legislatur im Jugendhilfeausschuss engagieren und vertritt die Fraktion auch im Ausschuss für Umwelt- Naturschutz sowie Landwirtschaft. In beiden Ausschüssen wurde er als stellvertretender Ausschussvorsitzender gewählt.



Constanze Kubitz, Udo Nauber, Gudrun Kittel, Beatrice Sauerbrey, Max Reschke, Kevin Reichenbach (v.l.n.r.)

Udo hat einen Sitz im Bildungs-Kultur- und Sportausschuss sowie im Ausschuss für Gesundheit und Soziales in dem er auch stellvertretender Ausschussvorsitzender ist. Außerdem wurde Udo als Mitglied im Regionalbeirat »Die Impulsregion e.V.« berufen.

Beatrice ist Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss und ist berufenes Mitglied im Fachbeirat für das Schullandheim Tonndorf.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit im Kreistag und darauf, gemeinsam wichtige Projekte für ein starkes, soziales und lebendiges Weimarer Land voranzubringen. Wir sind sehr zuversichtlich, dass es mit Beatrice Sauerbrey und Max Reschke von den Grünen ein gut funktionierendes Miteinander geben wird, denn auch in der vergangenen Legislatur haben wir uns bei vielen Sachthemen gegenseitig unterstützt.

Am 10. November fand unsere Klausurtagung zum Kreis-Haushalt 2025 statt, dessen Zahlenwerk in Anbetracht der aktuellen politischen Lage besonders herausfordernd ist. Wie all die Jahre zuvor, wird es wieder ein hartes Ringen um die Höhe der Kreisumlage geben, denn der vorliegende Entwurf der Verwaltung weist derzeit 52,7 Millionen Euro aus, die durch die Umlage auf die kreisangehörigen Gemeinden gedeckt werden muss.

Fraktion Die Linke im Weimarer Stadtrat

von Eliza Gäde

Die neue Legislaturperiode im Weimarer Stadtrat hat begonnen, und wir, die Fraktion Die Linke, nehmen die Herausforderung mit großem Engagement an. Mit bewährten Kräften und neuen Gesichtern setzen wir uns weiterhin für soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Stadtentwicklung ein.

Mit dabei sind Marit Haferkamp und Hubert Krüger als Fraktionsvorsitzende. Beide haben in den letzten Jahren schon viele Erfahrungen in der Kommunalpolitik machen dürfen. Hubert als Stadtratsmitglied und Mitglied des Bau- und Umweltausschusses und Marit Haferkamp als sachkundige Bürgerin im Kulturausschuss. Beide werden ihre Arbeit in den jeweiligen Ausschüssen fortsetzen, Marit ist nun aber zusätzlich im Bildungs- und Sportausschuss und stellvertretende Ausschussvorsitzende im Kulturausschuss.

Neben Hubert und Marit bleiben uns auch Jana Körber, Marco Modrow und Katja Seiler erhalten. Sie setzen ihre wertvolle Arbeit in ihren jeweiligen Ausschüssen fort: Jana im Jugendhilfeausschuss, Katja im Familien- und Sozialausschuss, den sie als Vorsitzende leitet, und Marco im Finanzausschuss. Neu in unserer Fraktion ist Petra Seidel, die seit über 20 Jahren kommunalpolitisch aktiv ist, unter anderem als ehemalige Ortsteilbürgermeisterin in Legefild und Holzdorf. Sie wechselte als Stadträtin von der Wählervereinigung »weimarwerk Bürgerbündnis« zu uns und vertritt uns im Wirtschafts- und Tourismusausschuss.

Zusätzlich zur Stadtratsfraktion unterstützen uns viele engagierte sachkundige Bürgerinnen und Bürger:

Katja Seiler, Hubert Krüger, Marco Modrow, Marit Haferkamp, Petra Seidel und Jana Körber (v.l.n.r.)



Dirk Möller im Kulturausschuss (er tauscht sozusagen mit Marit die Plätze und bleibt uns erhalten), Andrea Schwarz im Familien- und Sozialausschuss, Ulrich Bennewitz im Wirtschafts- und Tourismusausschuss, Alexander Böber im Jugendhilfeausschuss, Stefan Kuhirt im Bildungs- und Sportausschuss, Jonas Böttger im Bau- und Umweltausschuss und Ulrike Grosse-Röthig im Finanzausschuss. Wir freuen uns, auf dieses starke Team zählen zu können.

Wir sind bereits mitten in der Stadtratsarbeit, und erste Anfragen und Anträge wurden eingebracht oder befinden sich in der Bearbeitung. So haben wir unter anderem Anfragen zur Barrierefreiheit der Weimarer Rufbuslinie sowie zum Bedarf an Schulbegleitung in Weimar gestellt. Auch wurden bereits Anträge eingebracht – etwa zur Erhöhung des sozialen Wohnungsbaus im Wohngebiet »Im Merketale II« sowie zur Reduzierung von Wahlkampfplakaten. Darüber hinaus planen wir viele weitere Initiativen und werden am 7. Dezember in unserer Klausurtagung konkrete Ziele für das kommende Jahr festlegen.

Aktuelle Informationen aus der Fraktion findet ihr über unsere Facebook-Seite, unseren Instagram-Account, auf unserer Website oder im Kreisverbands Plauder-Channel auf Telegram. Unsere Fraktionssitzungen sind darüber hinaus stets öffentlich, und wir laden alle Interessierten herzlich ein, uns kennenzulernen und sich einzubringen. Für Fragen und Anliegen erreicht ihr uns donnerstags von 11 bis 13 Uhr in der Markstraße 17 oder per E-Mail unter stadtrat-weimar@die-linke-apolda-weimar.de.

Mobil im Alter – Wir streiten für ihr Recht!

von Hubert Krüger



Der Goetheplatz in Weimar – zentraler Umsteigeplatz für den ÖPNV.

Anrechnung städtischer Leistungen als Einkommen für Transferleistungen. Damit würden wir nicht nur den ÖPNV und die Mobilität der Weimarer insgesamt fördern, wir würden indirekt auch den Druck auf die Parkplätze abbauen und die Verkehrssicherheit sowie unsere Klimabilanz verbessern.

Das Sozialticket wird aktuell in der Form eines Deutschlandtickets mit einer Ermäßigung von 50% ausgegeben, damit alle Weimarerinnen und Weimarer unabhängig vom Geldbeutel mobil bleiben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Diese Sicherung der Lebensqualität wollten wir auch allen Rentner:innen ermöglichen, auch wenn die eigene Rente knapp oberhalb der Grundsicherung ist. Auf diese Weise könnten wir die Geldbeutel tausender Menschen in Weimar spürbar entlasten.

Überraschend für uns war nun allerdings, als auf der vorläufigen Tagesordnung der Stadtratssitzung die Worte »kein Befassungsrecht« hinter dem Antrag standen. Aus der zugehörigen Stellungnahme des Rechtsamts ist zu entnehmen, dass die Verwaltung der Annahme unterliegt, dass Belange der Rente allein eine Angelegenheit des Bundesrechts seien. Diese Auffassung teilen wir nicht. Wir sprechen hier über einen Seniorenrabatt für eine freiwillige Leistung der Kommune. Jede Eintrittsvergünstigung für jedes Schwimmbad, für jedes kommunale Kino würde gegen das Befassungsrecht verstoßen, wenn die Auffassung des Weimarer Rechtsamtes etwas mit der gängigen Rechtsprechung zu tun hätte. Auch zahlreiche Anfragen anderer Fraktionen wurden mit fadenscheinigen Begründungen abgewiesen.

Wir werden uns nicht verbieten lassen, uns um die Anliegen der Rentner:innen Weimars zu kümmern und prüfen daher gegen diese Rechtsauffassung der Stadtverwaltung Klage einzureichen. Damit das gelingt, haben wir uns bereits Unterstützung gesichert: Die rechtliche Vertretung der Fraktion wird der Verwaltungsrechtler, Erfinder des Weimarer Sozialtickets und ehemalige Oberbürgermeister Stefan Wolf übernehmen.

Für die Sitzung des Stadtrates am 6. November hatten wir als Fraktion Die Linke im Weimarer Stadtrat einen Antrag mit dem Titel »Weimar mobil im Alter – Sozialticket ausbauen!« eingereicht. Die Idee dahinter war, den Kreis der Berechtigten des Weimarer Sozialtickets zu erweitern: Neben Empfängern von Leistungen nach SGB II, SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung) sowie Empfänger nach dem AsylbLG sollten künftig auch Empfänger von Leistungen des SGB VI (Altersrente, Witwenrente, Erwerbsminderungsrente) anspruchsberechtigt sein.

Wir wollten mit diesem Antrag Weimarer Rentner:innen unterstützen, welche weiter günstig mobil bleiben möchten, ohne auf das eigene Auto zurückzugreifen. Es wurde nach einer Möglichkeit gesucht, den ÖPNV für Rentner:innen attraktiver zu machen und so einen Anreiz zu schaffen, das Auto stehen zu lassen oder ganz abzugeben. Konflikte im VMT-Tarif sollten ausgeschlossen werden, genauso wie eine

Wir trauern um unseren Genossen

Walter Plicht (1931–2024)



Bereits in jungen Jahren fand Walter seine politische Heimat bei den Menschen, deren Ziel der Aufbau einer neuen Gesellschaft frei von Ausbeutung, Unrecht und Krieg war. Dieser Weg prägte sein ganzes Leben. Vor der Wende und auch nach 1989 setzte er sein umfangreiches politisches Wissen und seine Jahrzehnte langen Erfahrungen engagiert in die Parteiarbeit ein. Ruhig und besonnen brachte Walter seine Gedanken und Anregungen sowie kritische Meinungen in Großveranstaltungen und auch im kleinen Kreis vor. Seine Beiträge waren gefragt. Walter besaß das Vertrauen seiner Gesprächspartner, äußerte sich offen und akzeptierte unterschiedliche Auffassungen.

Wir verloren einen Genossen, der bis an sein Lebensende seiner Überzeugung für eine friedliche, solidarische und gerechtere Welt treu blieb. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Die Genossinnen und Genossen
der Basisgruppe Die Linke Weimar Nord
Weimar, im September 2024

Redaktion: Die Linke Apolda-Weimar

Redaktionsschluss: November 2024

Auflage: 500 Stück

Druck: Druckerei Schöpfel GmbH Weimar

Dezember 2024

Es geht schon wieder los

Um einen guten Wahlkampf zu machen, brauchen wir eure Unterstützung.

Spenden bitte an

Die Linke Apolda-Weimar
Institut Sparkasse Mittelthüringen
IBAN DE34 8205 1000 0301 0136 08
BIC HELADEF1WEM
Verwendungszweck: Wahlen 2025 + Vorname, Name

Die Linke

Apolda-Weimar

